:antifaschistische nachrichten

Nr. 4

g 3336 21.2.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Pro NRW" plant Kundgebungsserie

NRW. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro NRW" will ab 9. März eine Kundgebungsserie „vor Brennpunkten des Asylmissbrauchs" in NRW durchführen. Nach Ansicht von „ProNRW" handelt es sich bei „über 98%" der Asylbewerber, die in den letzten vier Jahren nach NRW gekommen sind, angeblich um „Scheinasylanten" Mit einer „Volksinitiative gegen Asylmissbrauch" will sie den NRW-Landtag dazu zwingen, das Thema „Asylmissbrauch" zu behandeln. Ein „bundesweites Aufbrechen des medialen Schweigekartells zum Thema Asylmissbrauch und Asylbetrug wäre gewiss", so „Pro NRW". Nachfolgend die Orte, in denen Kundgebungen durchgeführt werden sollen: Bochum, 09. März 2013, alte Hollandschule in der Fröbelstraße, 11.00 Uhr • Essen, 09. März 2013, auf dem Bögel, 14.00 Uhr • Witten, 11. März 2013, Fröbelstraße, 11.00 Uhr • Mülheim an der Ruhr, 11. März 2013, Eltener Straße, 14.00 Uhr • Duisburg, 12. März 2013, Stadtteil Rheinhausen-Bergheim, vor dem Haus an den Peschen 3-5, 11.00 Uhr • Gelsenkirchen, 12. März 2013, Beckeradsdelle 9, 14.00 Uhr • Dortmund, 13. März 2013, Glückaufsegenstraße 60, 11.00 Uhr • Hagen, 13. März 2013, Voerder Straße 33, ab 14.00 Uhr • Düsseldorf, 14. März 2013, Lacombletstraße (ehem. leer stehende Schule), 11.00 Uhr • Leverkusen, 14. März 2013, Leverkusen-Opladen, Sandstraße, 14.00 Uhr • Bergheim, 15. März 2013, Stadtteil Quadrath-Ichendorf, Priamostraße, 11.00 Uhr • Neuss, 15. März 2013, Krankenhaus an der Nordkanalallee, 14.00 Uhr • Mönchengladbach, 16. März 2013, In der Straße Luisental, 11.00 Uhr • Aachen, 16. März 2013, Hansmannstraße, 14.00 Uhr • Bielefeld, 18. März 2013, Gütersloher Straße, 11.00 Uhr • Wickede (Kreis Soest), 18. März 2013, Stadtteil Wimbern, Mendener Straße, 14.00 Uhr • Wuppertal, 20. März 2013, In Wuppertal-Elberfeld, 11.00 Uhr • Remscheid, 20. März 2013, Klauser Delle, 14.00 Uhr • Recklinghausen, 21. März 2013, in der Vinckestraße befinden sich gleich mehrere Asylheime, ab 11.00 Uhr • Krefeld, 21. März 2013, Am Siemesdyk, ab 14.00 Uhr • Köln, 23. März 2013, Poller

Fortsetzung Seite 3 unten

Ach, der Verfassungsschutz!

Der Inlandsgeheimdienst und die Antifa

Der Verfassungsschutz hat sich mitschuldig gemacht. Klar ist: Es braucht ein Frühwarnsystem gegen Neonazis – aber kein geheimdienstliches, sondern eines, das aus der Gesellschaft selbst kommt.

Quelle: PM Cheung



Zu keiner Zeit seit 1990 gab es so vielfältige Einblicke in die Arbeitsweise und Denkweise der Verfassungsschutzbehörden wie in den letzten zwölf Monaten. Plötzlich liegt all das auf dem Tisch: die undemokratischen Einstellungen der Mitarbeiter_innen, das systemische Versagen in der Analyse der Naziszene und die andauernde Fehlbewertung der tödlichen Gefahren, die sich daraus ergeben. Und auf einmal stellt sich die Frage, ob der Verfassungsschutz (VS) abgeschafft gehört. Eine politische Forderung, die noch vor anderthalb Jahren einem politischen Selbstmord immerhin ziemlich nahe kam.

Wer sich kontinuierlich mit Nazis beschäftigt, sei es als Journalist_in, als Engagierte in Initiativen oder in einem der staatlich finanzierten Projekte, kommt früher oder später nicht um die VS-Behörden herum. Die meisten bedauern das, aber manchmal muss es eben sein. Die Papiere, die dort verfasst werden, sind oft nicht der Rede wert, manchmal banal, immer wieder ärgerlich. Antifaschistische Initiativen stehen zudem selbst im Visier des VS, werden bespitzelt, überwacht und denunziert. Und der VS drängt seit Jahren verstärkt in die politische Bildung und dient sich der Politik als billige, staatliche Demokratievermittlungsinstanz ohne öffentlichen Auftrag an.

Die erste und nahe liegende Auseinandersetzung dreht sich um die öffentliche Deutungshoheit über das Thema „Rechtsextremismus". Hier geht es um Analysen, Zahlen, Strukturen und Entwicklungstendenzen der extremen Rechten und um die Zurückweisung des vom Amt verwendeten „Rechtsextremismus"-Begriffs. Wir selber stellen seit vielen Jahren nicht nur unser Archiv und die darin enthaltenen Materialien zur Verfügung, sondern auch unsere Expertise. Wir reden gerne mit möglichst vielen Menschen über die verschiedenen Aspekte und Entwicklungen in der Naziszene – und geben gerne unse- →

Aus dem Inhalt:

ren eigenen Senf dazu. Nach unserer Erfahrung ist für viele der Umgang mit Behördenquellen überaus pragmatisch. Es ist eine Quelle unter anderen, aber sie ist staatlich, was ihr ein gewisses Gewicht verleiht. In der kritischen Forschung mehr noch als im Journalismus gilt das Behördenurteil jedoch vergleichsweise wenig. Der verwendete Extremismusbegriff entwertet die Analysen und hat sich in der Forschung, obwohl beide von „Rechtsextremismus" reden, überwiegend diskreditiert.

VS ist praktisch

Aber alle wollen Zahlen. Zahlen sind griffig, sie verdeutlichen ein offenbar ansonsten diffuses Phänomen. Hier haben nicht-staatliche Initiativen ein echtes Problem. Sie erheben nur wenig belastbares Zahlenmaterial[1]. Seriöse Angaben beispielsweise über die Mitgliederzahl der NPD in den Bundesländern machen zu können, ist schwierig. Jahrelang haben selbst überaus staatskritische antifaschistische Initiativen die Zahlen des VS verwendet – und mal 20 oder 30 Prozent oben drauf gerechnet, sozusagen um den durchschnittlich anzunehmenden Verharmlosungsfaktor der Behörde auszugleichen. Das mag hier banal klingen, ist aber in der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit nicht zu vernachlässigen. Die Forschung dürfte solche Zahlen streng genommen außer als Hinweis nicht zu weiteren Analysen verwenden, denn sie kann ihre Entstehung nicht prüfen. Die Medien, zumindest die kritischen, verlangen oft nach alternativem Zahlenwerk, das aber leider nur in Ausnahmefällen vorhanden ist. So bleiben die Zahlen des VS trotz aller Mängel gesetzt, sie erlangen Faktizität, weil es an Alternativen fehlt. Die Redaktionen der großen Medien aber auch die einzelnen Journalist_innen tragen ohnehin einen großen Anteil daran, die Arbeit des VS immer wieder zu legitimieren.

Manche Chefetagen halten Artikel über das Thema „Rechtsextremismus" für überwiegend unseriös, so lange sie im Text kein Zitat der Behörden finden, und sei es auch noch so flach. Der Journalist Thomas Leif hat in einem zu wenig beachteten Artikel deutlich niedergelegt, wie der Informationshandel zwischen den Behördenquellen und den Medien im Bereich der Geheimdienste funktioniert und schreibt Klartext: „Die beiden relevanten Nachrichtenmagazine, ganz wenige führende Tageszeitungen und die ‚Geheimdienst-Experten' der öffentlich-rechtlichen Anstalten werden privilegiert und abgeschottet ‚informiert'. Im Gegenzug wird von ihnen erwartet, dass sie die platzierten Interpretationen, Warnungen und Analysen eins zu eins übernehmen und möglichst als breaking news agenturfähig vermarkten. Was als ‚exclusiv' verkauft wird, ist oft nicht mehr als eine bestellte Botschaft."[2]

Selbst als „Edelfedern" gepriesene Autor_innen lieferten im NSU-Komplex Artikel ab, deren Newsgehalt aus einer einzigen, ungeprüften Nachricht von einer nicht genannten Person aus „Sicherheitskreisen" bestand: kein Konjunktiv, keine zweite Quelle, kein Hinweis auf die generelle Fragwürdigkeit der Behördenaussagen in diesem konkreten Fall. Da fällt es den Behörden wahrlich leicht, die Medien für die eigenen PR-Kampagnen einzuspannen. So zuletzt geschehen im Oktober, als das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem Hintergrundgespräch ausgewählten Medienvertreter_innen die angebliche Gefährdung ihrer V-Leute durch die Vielzahl der Aktenweitergaben nahe brachte. Es hagelte prompt entsprechende „bestellte Artikel".[3]

Auch der Umgang mit den zu Recht viel gescholtenen VS-Berichten ist oft problematisch. Während antifaschistische Initiativen monatelange Prozesse in Kauf nehmen, um falsche Anschuldigungen aus den VS-Berichten tilgen zu lassen, gelten ansonsten hier nieder geschriebene Wertungen als „gerichtsfest". Es ist praktisch und einfach für die Rechtsvertretung und vor allem für die Medien: Bringe einen Auszug aus einem VS-Bericht und das Gericht ist schon beinahe überzeugt. Nun urteilen nicht alle Gerichte nach Aktenlage und stellen amtliche Schriftstücke über alle anderen Beweise, aber der Fingerzeig auf die VS-Aussage erleichtert die Beweisführung doch erheblich. Und kurze Beweisführungen gefallen den meisten Gerichten und den Anwält_innen und Mandant_innen auch. Ein wissenschaftlich begründeter „Rechtsextremismus"-Begriff jenseits staatlicher Vorgaben sollte zwar auch vor Gericht stand halten können, die Mühen werden jedoch meist gescheut.

Kein „alternativer Verfassungsschutz" please!

Die Arbeit der antifaschistischen Initiativen ist in den letzten Monaten oft und manchmal durch berufenen Mund gelobt worden. Unser aller ehrenamtliches und kritisches Engagement gilt zunehmend als „seriös", kompetent und mit einem größeren Potential ausgestattet als die Verfassungsschutz-Behörden. Wir selbst wurden namentlich und öffentlich als Alternative zu einer offensichtlich überforderten VS-Behörde, der von Mecklenburg-Vorpommern, genannt.[4]

So etwas wie einen „alternativen Verfassungsschutz" kann es nicht geben und wir kennen keine antifaschistische Initiative, die sich für so etwas hergeben würde. Der Ruf nach alternativer Beobachtung und Recherche ist älter als die aktuelle Geheimdienst-Krise und diese Beobachtung wird seit Jahrzehnten auch durchgeführt, eben durch Antifaschist_innen. Dies geschieht, wie dankenswerter Weise Manche in der heutigen Debatte nicht müde werden zu betonen, teilweise unter Einsatz der Gefährdung von Leib und Leben der Beteiligten. Beim Spaziergang durch einen abgelegenen Wald im herbstlichen Dauerregen von einem entgegen kommenden „Dienst"-Pärchen augenzwinkernd gegrüßt zu werden, gehört dabei noch zu den witzigen Momenten der antifaschistischen Feldforschung. Die anwesenden Dienste treten einem hier wenigstens nur bildlich gesprochen auf den Füßen herum.

Polizeilicher Staatsschutz und VS kriminalisieren auch nach dem Bekanntwerden der NSU-Blamagen beständig antifaschistische Recherche. In Berlin hat es in schöner Regelmäßigkeit Versuche gegeben, das Fotografieren von Nazi-Aufmärschen oder überhaupt die Dokumentation neonazistischer Aktivitäten zu unterbinden. Die hierzu verwendete Konstruktion lautete immer, die Dokumentation geschehe zur Vorbereitung von Straftaten. Oder sie sei an sich schon strafbar. Aus solchen Erfahrungen heraus haben wir vor Jahren begonnen, die öffentliche Dokumentation von Nazi-Aufmärschen offensiv nach außen zu vertreten. „Dokumentation ist gerechtfertigt und notwendig!", lautete die Botschaft. Diese Arbeit hat bisher zu einer Reihe von Strafverfahren und Verurteilungen gegen gewalttätige Nazis aufgrund der Ton- und Bilddokumente geführt. Aber auch zu einem eingestellten Ermittlungsverfahren gegen das apabiz, das auf die Anzeige durch eine stadtbekannte Neonazistin beim Berliner Staatsschutz zurückging. Absurderweise hieß es, wir hätten gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen, weil wir eine indizierte Naziseite als Quelle (!) in einem Dokument angegeben hatten. So konterkarieren die „Extremistenjäger" eine Arbeit, die der Berliner Senat fördert.[5]

In der jetzigen Debatte über den VS wird leicht übersehen, dass manche Landesämter sich in den letzten Jahren um einen Imagewandel bemüht hatten, hin zu einem Konzept des „offenen Demokratieschutzes"[6]. Dazu gehörte neben dem Ausbau der Bildungsarbeit der Versuch, sich als eine Art Politikagentur im öffentlichen Raum zu etablieren. Hier wird dann nicht das Gewicht der eigenen, staatlichen Kompetenz in den Vordergrund gestellt, sondern man möchte in einer soften Variante als ein Akteur unter vielen im öffentlichen Diskurs wahrgenommen werden. Da fallen in Podiumsdiskussionen gerne solche Sätze wie: „Eigentlich machen sie und wir doch die gleiche Arbeit!", um daran irgendeine anschleimende Perspektive der Zusammenarbeit zu knüpfen. Genau auf dieser Welle schwimmt der kommissarische Leiter des Berliner VS, Bernd Palenda, und klappert derzeit flei-

ßig die Berliner Projekte ab. In einem bemerkenswert unkritisch geführten Interview hält er an allem fest, was die Berliner Behörde bisher gemacht hat. Und gerade die so umstrittene Bildungsarbeit möchte Palenda weiter ausbauen.

Ersatzlos abschaffen – jetzt!

Die momentane Diskussion über den Sinn des Verfassungsschutzes ist erfreulich, birgt aber auch Gefahren. Denn hier verlaufen zwei Diskussionen parallel zueinander: Die Kritiker_innen wollen den Inlandsgeheimdienst abschaffen oder zumindest degradieren, um damit die demokratische Kontrolle über diesen Bereich zu verbessern. Die anderen, die „Sicherheitsarchitekten", wollen die institutionelle Krise nutzen, um mehrere Behörden zu effektivieren, sie umzubauen und zu zentralisieren. Auch in diesem Szenario könnte der eine Dienst oder die andere Landesbehörde faktisch „abgeschafft" werden – zugunsten einer neuen effizienten „Superbehörde". Generalbundesanwalt Harald Range hat sein Amt dafür schon mal ins Spiel gebracht. Und auch Berliner Innenpolitiker, in diesem Fall Thomas Kleineidam (SPD), rollen dem VS den roten Teppich aus: es müsse nur enger kooperiert werden, mehr Absprachen, mehr Treffen, mehr Informationen an das Parlament. Und dies scheint dann auch der politische Deal der SPD hinsichtlich der „Reform" des Verfassungsschutzes zu sein: die Behörde darf bleiben, dafür bekommt die SPD die Option, den NPD-Verbotsantrag auf den Weg zu bringen.

Bei dieser Debatte drohen wesentliche Aspekte ins Hintertreffen zu geraten, die für alle antifaschistischen Initiativen und Projekten zentral sein sollten: Wer hat mit welcher Legitimation die Deutungshoheit über die extreme Rechte? Und: wie wichtig ist der Gesellschaft ein verlässliches Frühwarnsystem über die Entwicklungen der extremen Rechten, speziell auch der gewalttätigen neonazistischen Szene? Es ist ein Witz der Geschichte, dass Deutschland seine Aufklärungsarbeit über „Rechtsextremismus" einem Geheimdienst in die Hände gelegt hat. Es braucht zivile, nichtstaatliche Beobachtung und Aufklärung, denn der Staat, ja dessen eigene Instanz für Beobachtung und Aufklärung, der Inlandsgeheimdienst selber, hat seinen eigenen Beitrag zu der Existenz und Weiterentwicklung der neonazistischen Strukturen geleistet. Der VS hat nicht hier und da versagt, er hat sich mitschuldig gemacht. Und die Parlamente haben sich jahrelang um die Kontrolle des VS nicht ansatzweise geschert. Verglichen damit ist in diesem Land die Kontrolle von Lebensmittelprodukten besser geregelt.

Was können antifaschistische Projekte von den weiteren Debatten erwarten? Die Law-and-Order-Strategen bringen sich in den letzten Monaten wieder deutlich in Stellung und werden alles daran setzen, ihre Agenda einer reformierten und modernisierten „Superbehörde" umzusetzen. Also fordern wir das Unmögliche: die sofortige Abschaffung des Verfassungsschutzes. Den Rest müssen wir, wie gehabt, weiterhin selber machen.

Ulli Jentsch

Dieser Text, entnommen aus monitor - rundbrief des apabiz.e.V.*, ist eine leicht gekürzte und aktualisierte Fassung eines Artikels in der CILIP Nr. 101/102 (Jan./Feb. 2013)*

Anmerkungen:

1 Ausnahmen sind die durch die Opferberatungsprojekte erhobenen Zahlen der Opfer rechter Gewalt sowie die journalistischen Recherchen über die Todesopfer rechter Gewalt.

2 vgl. Leif, T.: Bestellte Wahrheiten. Ganz exklusiv; online unter http://carta.info

3 vgl. Gensing, P.: Operation PR-Offensive; online unter www.publikative.org

4 Grund dafür war die Unfähigkeit des Landesamtes, die dort erscheinenden Nazi-Publikationen aufmerksam auszuwerten. Dadurch entging ihnen ein offener Gruß an den NSU aus dem Jahr 2002 in dem Editorial des Nazi-Blättchens „Der Weiße Wolf".

5 vgl. Litschko, K.: Berliner LKA ermittelte gegen apabiz, in: taz v. 28.09.2012.

6 vgl. Grumke, T.; Pfahl-Traughber, A.: Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft, Opladen 2010

Damm, 10.00 Uhr, Station 2, Heim in der Vorgebirgsstraße, 12.00 Uhr; Abschluss ist in Köln-Weiden, (bestehendes Asylantenheim) um 14.00 Uhr

hma ■

„IfS" tagt in Bad Pyrmont

Bad Pyrmont/Berlin. Das um die „Junge Freiheit" angesiedelte „Institut für Staatspolitik" (IfS) führt seine diesjährige „Winterakademie" vom 22. bis 24. Februar in Bad Pyrmont durch. Die Tagung steht diesmal unter dem Thema „Reaktion". Dabei steht die Frage „nach dem politischen und geistigen Ort der Reaktion beziehungsweise der Reaktionäre" im Mittelpunkt, so die „Junge Freiheit". Als Referenten werden Harald Seubert vom Studienzentrum Weikersheim, der neurechte Publizist Karlheinz Weißmann, der „Criticon"-Autor Felix Dirsch und Benedikt Kaiser, Autor beim extrem rechten „Regin"-Verlag, angekündigt. Gezeigt wird auch ein Film über den japanischen Nationalisten Yukio Mishima. Das „IfS" hatte Ende vergangenen Jahres in einem Altbau im Berliner Südosten ein Büro eröffnet.

hma ■

Wir werden sehen

Der Brief der Schwester des Hamburger NSU-Opfers Süleyman Tasköprü

Wir dokumentieren den Brief von Aysen Tasköprü, Schwester des von dem NSU ermordeten Süleyman Tasköprü, an den Bundespräsidenten Gauck.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

vielen Dank für die Einladung.

Ich habe über meine Anwältin gehört, dass Sie nicht wünschen, dass die Rechtsbeistände der Nebenkläger bei dieser Einladung dabei ist. Sie möchten nur ihre Empathie ausdrücken, aber keine Anwälte auf diesem Treffen sehen. Es wäre emphatisch von Ihnen gewesen, nicht darauf zu bestehen, dass ich alleine ins Präsidialamt komme. Ich fühle mich dem nicht gewachsen und werde daher Ihre Einladung nicht annehmen können. Da Sie ja aber so daran interessiert sind, wie es uns geht, werde ich Ihnen gerne schildern, wie es uns geht.

Im Sommer 2001 töteten die Neonazis meinen Bruder. Im Spätsommer 2011 – 10 Jahre später – klingelte die Kripo bei mir. Sie brachten mir die persönlichen Gegenstände meines Bruders. Ich fragte die Beamtin, warum jetzt die Sachen kämen; ob es etwas Neues gibt. Sie sagte nur, man habe nur vergessen mir die Sachen zurückzugeben. Dann ging sie wieder.

Ich habe stundenlang vor den Sachen meines toten Bruders gesessen; ich habe tagelang gebraucht, um mich zu überwinden meinen Eltern davon zu erzählen, dass seine Sachen wieder da sind. Ich war völlig am Ende.

Anfang November flog mein Vater in die Türkei, weil die Mutter meines Vaters im Sterbebett lag.

Am 04.11.2011 klingelte das Telefon. Ein Arbeitskollege war dran und sagte mir: „Aysen, mach sofort den Fernseher an“. Dann klingelte das Telefon wieder und der Kripobeamte, der den Fall bearbeitet hatte, war dran und sagte mir, die Mörder meines Bruders hätten sich umgebracht.

Und dann rief meine Mutter mich an und teilte mir mit, dass meine Oma gerade gestorben war.

Ich habe in dieser Nacht nicht geschlafen, ich musste mich ständig übergeben. Am nächsten Tag hätte ich Frühdienst gehabt, ich konnte nicht zur Arbeit gehen. Das Telefon klingelte ununterbrochen, Presse und Fernsehen wollten Interviews, ich wollte nur meine Ruhe. In der Zeitung habe ich dann gelesen, dass mein Vater in der Türkei ist, weil meine Mutter verstorben sei. In dieser Zeit hatte ich noch öfter als sonst an meinen Bruder gedacht und daran, wie ich ihn zum letzten Mal gesehen habe. Das war in der Türkei, kurz vor seiner Beisetzung.

Er war in weiße Tücher eingewickelt. Er war bleich und so kalt, aber sein Mund sah aus, als ob er lächeln würde.

Ich durfte ihn nicht berühren – der Hoça hatte es verboten – aber ich habe ihm trotzdem zum Abschied einen Kuss gegeben.

Und dann kam der Abend, an dem ich vor dem Fernseher saß und auf einmal das Bekennervideo der NSU gezeigt wurde. Ich habe angefangen zu schreien und konnte nicht wieder aufhören. Da lag mein Bruder in seinem eigenen Blut auf den rotweißen Fliesen, die ich so gut kannte. Ich sehe seine zierlichen Hände und ich erkenne seine Armbanduhr. Und kein Lächeln auf seinen Lippen; er ist ermordet worden und liegt auf den kalten Kacheln in seinem eigenen Blut.

Mein kleiner Sohn wacht von meinen Schreien auf; ich muss mich zusammenreißen um ihn zu trösten und wieder schlafen zu legen.

An diesem Tag ist mein Bruder ein zweites Mal gestorben und etwas in mir ist zerbrochen. Körper und Geist gehen ihre eigenen Wege. Mein Leben entgleitet mir.

Ich wurde 1974 in der Türkei geboren; seit 1979 lebe ich in Deutschland.

Ich bin hier zur Schule gegangen, habe meine Ausbildung gemacht und gearbeitet. Mein Sohn wurde hier geboren und ich fühlte mich als Deutsche mit türkischen Wurzeln.

Noch im März 2011 konnte ich darüber lachen, als eine Sachbearbeiterin im Rathaus zu meinem Sohn sagte, er sei kein Deutscher. Der Kleine war ganz erstaunt und erklärte ihr sehr ernsthaft, dass er sehr wohl Deutscher sei, er habe schließlich einen deutschen Pass. Wie gesagt, ich lachte und sagte meinem Sohn, ich würde ihm das zu Hause erklären.

Heute kann ich darüber gar nicht mehr lachen. Ich hatte mal ein Leben und eine Heimat. Ich habe kein Leben mehr. Ich bin nur noch eine leere Hülle, die versucht, so gut wie möglich zu funktionieren. Ich bin nur noch unendlich traurig und fühle mich wie betäubt.

Ich habe auch keine Heimat mehr, denn Heimat bedeutet Sicherheit.

Seitdem wir wissen, dass mein Bruder ermordet wurde, nur weil er Türke war, haben wir Angst. Was ist das für eine Heimat, in der du erschossen wirst, weil deine Wurzeln woanders waren? Alle Menschen kommen irgendwo her. Auch die Neonazis haben irgendwann als erste Menschen in Afrika angefangen. Wir haben eine Telefonkette und wenn jemand aus der Familie sich nicht meldet, sind wir alarmiert. Meine Mutter verlässt das Haus nur noch, wenn es überhaupt nicht zu vermeiden ist. Und nie allein. Mein Vater möchte die Familie am liebsten sofort in die Türkei bringen. Mein Vater und meine Schwester sind schon zusammengebrochen und mussten mit dem Notarzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Ich wurde drei Wochen auf eine Kur geschickt. Aber auch danach war ich noch in so schlechter Verfassung, dass ich nicht auf meiner alten Arbeitsstelle arbeiten konnte. Mein Arzt hat festgestellt, dass ich so nicht arbeitsfähig bin. Die Krankenkasse hatte mich einbestellt und mir gesagt, ich soll meine Krankmeldung zurücknehmen; ich soll Urlaub einreichen. Als ich mich weigerte, bekam ich ein Schreiben, ich sei überhaupt nicht krank, der sozialmedizinische Dienst hätte mich als arbeitsfähig eingestuft. Allerdings haben die mich nie gesehen, geschweige denn mit mir gesprochen. Seitdem werde ich zwischen meinem Arbeitgeber, der auf einen Aufhebungsvertrag drängt, der Krankenkasse, die bezweifelt dass ich krank bin und der Arge, die meinen Aufenthaltsstatus wissen will, hin- und hergeschubst. Ich fühle mich unerwünscht.

Alles was ich noch möchte, sind Antworten. Wer sind die Leute hinter der NSU? Warum ausgerechnet mein Bruder? Was hatte der deutsche Staat damit zu tun? Wer hat die Akten vernichtet und warum?

Und noch eins zum Schluss: die Menschen, die sich jetzt mit einem Bild von meinem Bruder zeigen, die behaupten uns zu kennen und in unserem Namen zu sprechen: wo wart ihr 2001? Meine Nichte ist nicht erst seit 2011 Halbwaise, mein Bruder ist nicht durch seine Ermordung zu einem anderen Menschen geworden. Für uns klingt das wie Hohn. Damals hat niemand um meinen Bruder getrauert. Heute ist er Euch auf einmal so wichtig.

Und auch Ihnen, Herr Bundespräsident Gauck, ist mein Bruder doch nur wichtig, weil die NSU ein politisches Thema in Deutschland ist. Was wollen Sie an unserem Leid ändern? Glauben Sie, es hilft mir, wenn Sie betroffen sind?

Ich würde mir wünschen, dass Sie als erster Mann im Staat mir helfen könnten, meine Antworten zu finden. Da helfen aber keine emphatischen Einladungen, da würden nur Taten helfen. Können Sie mir helfen? Wir werden sehen.

Mit freundlichen Grüßen
Aysen Tasköprü

[CZ] Ústí nad Labem: Diskriminierung von Sinti und Roma

Freitagnacht (1. Februar 2013) erreichte den Infoladen Zittau der Hilferuf der Initiative „Wohnung für Alle!“ aus Ústí nad Labem. Kurzfristig wurden wärmende Anziehsachen organisiert. Der Antifa-Versandhandel „Autonomal Versand“ sowie das projekTTheater Zittau organisierten ebenfalls Kleidung. Der Kreisverband der LINKEN.Görlitz übergab 250 Äpfel für die Betroffenen. Der Tamara Bunke Verein stellte zweihundert Euro Soforthilfe zur Verfügung.

Am 3. Februar machten sich Mitglieder des Infoladen Zittau und des Tamara Bunke Vereins auf den Weg, um sich vor Ort ein Bild über die Lage zu machen und die Spenden zu übergeben. Ebenfalls vor Ort war der tschechische Politiker und Mitglied des Europäischen Parlaments, Jaromír Kohlíček. Kohlíček gehört der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens an.

Mit Freude wurde die Botschaft der AktivistInnen der Initiative „Wohnung für Alle“ aufgenommen, nachdem zwei Familien bereits Wohnungen zu normalen Preisen beziehen konnten. Für die verbleibenden Menschen in der Herberge, die noch ohne Strom, Gas und Wasser leben müssen, sollen ebenfalls schnell Wohnung gefunden werden.

Zum Hintergund:

Eine Odyssee durchlaufen etwa 100 Sinti und Roma im Norden der tschechischen Republik, in der Stadt Ústí nad Labem. Im November 2012 wurde eine große Familie der Roma und Sinti im Stadtteil „Předlice“ gezwungen, ihr Haus zu räumen. Dieses war in einem katastrophalen Zustand, dem Eigentümer interessierte dies nicht. Nun drohte der Einsturz des Gebäudes in dem die Menschen lebten. Die auf die Straße gesetzten Roma wurden vorübergehend in einer Turnhalle einer Grundschule untergebracht. Ein paar Monate vorher wurde im selben Stadtviertel eine Frau von Teilen eines einstürzenden Hauses getötet.

Seit Dezember 2012 diente als Herberge eine private Unterkunft auf der Straße Čelakovského 4 im Viertel „Krásné Březno“.

„Die Firma CPI (http://www.cpi.cz/), die Eigentümerin des Wohnheims, war angeblich mit der Einquartierung nicht einverstanden. Deshalb kündigte diese den BewohnerInnen zum 31. Januar 2013 die Unterkunft und stellte zum 01. Februar die Strom-, Gas- und Wasserversorgung ein.“, so der tschechische Menschenrechtsaktivist Markus Pape.

Da den Betroffenen kein alternativer Wohnraum in der Stadt angeboten wurde, beschlossen diese, das Haus nicht zu räumen. So harren sie seitdem aus.

Tschechische AktivistInnen der Initiative „Wohnung für Alle“ versuchen die Stadtverwaltung zu überzeugen, alternativen Wohnraum zu stellen und organisieren Hilfe für die Betroffenen. Wohnraum, der nicht völlig überteuert an Sinti und Roma durch mafiose Strukturen vermietet wird. So wurde in der bisherigen Unterkunft zwischen 10 000 und 14 000 Kronen für eine Wohnung als (Wucher-)Miete verlangt, der Normalpreis beträgt 3000 Kronen. Eine deutliche Diskriminierung, die scheinbar in der tschechischen Republik zur Normalität gehört.

Die Nichtregierungsorganisation „Konexe“, die mit den Aktivisten vor Ort zusammen arbeitet, stellt ihr Konto für Spenden zur Verfügung. Mit diesen soll den Betroffenen geholfen werden, beispielsweise beim Stellen der Kaution für die neuen Wohnungen.

Diese können überwiesen werden an:
o.s. Konexe, IBAN: CZ43 2010 0000 0025 0027 1703, BIC: FIOBCZPPXXX, Variable symbol: 3332013, Verwendungszweck: „dormitory“

„Wir danken jeden für seine Hilfe – den Menschen aus Usti und diejenigen, die weit fahren um uns zu unterstützen, darunter auch den Menschen aus dem benachbarten Deutschland. Wir danken denjenigen, die bereits Spenden auf unser Konto gesendet haben und sind sehr dankbar für ihre Hilfe. Wir werden weiterhin warme Mahlzeiten und Getränke, alternative Wärmequellen und Beleuchtung für die Betroffenen, die noch immer im Wohnheim leben müssen, organisieren. Mobile Heizgeräte halten die Bewohner während den kalten Nächten warm. Wir hoffen, wir bald Wohnungen für alle haben, jeder wird in ihr neues Zuhause umziehen!“, sagte Lenka Novotna, eine tschechische Aktivistin vor Ort.

Jens Thöricht, Zittau, 04. Februar 2013

Wilders Auftritt in Bonn

BONN. Knapp 300 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter eine Reihe „ProNRW“-Aktivisten, nahmen am 2. Februar an einer Veranstaltung der „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) mit dem niederländischen Rechtsausleger Geert Wilders im Bonner „Hilton“-Hotel teil. Der Veranstaltungsort war im Vorfeld streng geheimgehalten worden. Strenge Sicherheitskontrollen inklusive Sprengstoff-Spürhunde der Bonner Polizei empfingen die Besucher. Im Vorfeld hatten sich „ProNRW“-Vertreter mit Wilders getroffen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom BPE- und „Die Freiheit“-Funktionär Michael Stürzenberger. Die Laudatio auf Wilders, dem an diesem Abend der „Hiltrud-Schröter-Freiheitspreis“ der BPE verliehen wurde hielt Stefan Herre, Gründer des rassistischen „PI-News“-Weblogs. Nach Wilders Rede, in der dieser von einer angeblichen „Islamisierung Europas“ schwadronierte, „segnete“ – so „PI-News“ – eine „bekannte christliche Aktivistin“ Wilders spontan auf der Bühne. Die deutschsprachige Ausgabe seines neuen Buches konnte Wilders in Bonn nicht vorstellen. Der potentielle Verleger hatte die Veröffentlichung des Buches letztlich abgelehnt, weil es mit dem Volksverhetzungsparagraphen 130 des Strafgesetzbuches unvereinbar sei. *hma* ■

„Lesertreffen“ in Pommersfelden

POMMERSFELDEN. Die Verlagsgruppe „Lesen & Schenken“ von Dietmar Munier und der „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ führen vom 22. bis 24.März wieder ein „Lesertreffen“ im Hotel „Schloß Weißenstein“ in Pommersfelden bei Bamberg durch. Als Referenten werden Hans-Jörg Jenewein (Landesparteisekretär der FPÖ Wien), Götz Kubitschek („Sezession“), Reuven Cabelmann (Sprecher der jüdisch-orthodoxen „Neturei Karta“), Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Dr. Wolfgang Thüne, Dr. Walter T. Rix, Manfred Kleine-Hartlage und der Generalleutnant a.D. Dr. Franz Uhle-Wettler angekündigt.

hma ■

Extremismusdoktrin: Opferberatung bedauert drohende Schließung des Leipziger NDC Büros

Das beste Mittel gegen rechte Gewalt ist Prävention

Die Opferberatungsstellen sehen das Engagement gegen Rechts als notwendiges „Gesamtpaket“. Mobile Beratung, bürgerschaftliches Engagement für Demokratie, die Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt, Stärkung der Rechte und Wahrnehmbarkeit von Minderheiten, Gemeinwesenarbeit und eben Bildungs-

arbeit mit allen Altersgruppen und sozialen Schichten sind dabei wichtige Bausteine.

Kati Lang, Bereichsgeschäftsführerin: „Als Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt sind wir tagtäglich mit den erschreckenden Konsequenzen menschenverachtender Einstellungen konfrontiert. Vereine wie das Netzwerk für Demokratie und Courage leisten mit ihrer präventiven Bildungsarbeit einen wichtigen Beitrag, damit es gar nicht erst zu Gewalt kommt. Demokratische Bildungsarbeit ist Vorfeldarbeit gegen rechte Gewalt."

Aufgabenschwerpunkt der Opferberatung ist die Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt. Für den breiten Bereich der Bildungsarbeit sind wir dringend darauf angewiesen, dass professionelle Angebote in ganz Sachsen existieren, die über Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und andere menschenverachtende Einstellungen aufklären und diesen entgegenwirken. Häufig verweisen wir in unserer täglichen Arbeit auf Initiativen wie das Netzwerk für Demokratie und Courage.

Dazu Kati Lang: „Dass wichtige Präventionsprojekte in Sachsen nicht mehr in der ganzen Fläche vorhanden sein sollen, ist das falsche Signal."

Wir hoffen, auch nach dem Juni 2013 in ganz Sachsen weiter auf das professionelle Bildungsangebot des Netzwerks für Demokratie und Courage verweisen zu können.

PM RAA ■

Köditz: Verbot der Nationalen Sozialisten Döbeln kann nur der Anfang sein

Zum heutigen (18.2.2013) Verbot der Nationalen Sozialisten Döbeln (NSD) durch Sachsens Innenminister Ulbig erklärt die Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE, Kerstin Köditz:

Es ist erfreulich, dass das Operative Abwehrzentrum (OAZ) trotz der noch bestehenden organisatorischen Mängel und personellen Unterbesetzung schon jetzt deutlich aktiver und wirksamer zu arbeiten scheint, als in den vergangenen Jahren die Soko Rex unter Leitung des LKA. Dennoch möchte ich davor warnen, die reine Symbolpolitik des Innenministers bei der Zurückdrängung der extremen Rechten auch für das OAZ zum Leitbild zu machen.

Das beherzte Durchgreifen des OAZ gegen Nazi-Konzerte in Leipzig, Staupitz und Eilenburg in den vergangenen Wochen z.B. war schlicht geboten, weil Sachsen nach wie vor bundesweit ein Schwerpunkt beim rechten Konzertgeschehen ist.

Zudem ist zu hinterfragen, ob das heutige Verbot der Nationalen Sozialisten Döbeln ein so großer Erfolg ist, wie es Innenminister Ulbig suggeriert.

Die Nationalen Sozialisten Döbeln sind eine zahlenmäßig nicht sehr bedeutende Gruppe, die ohnehin bereits im Zerfall begriffen war. Droht durch das heutige Verbot nicht die Gefahr, dass die verbliebenen Neonazis der NSD in der Szene eine Märtyrerrolle bekommen und sich die ohnehin beträchtlichen Radikalisierungsprozesse in diesem Spektrum verstärken?

Die Gründe, die Innenminister Ulbig für das Verbot angibt, treffen so oder ähnlich und in teils stärkerem Maße auf andere Neonazi-Strukturen in Sachsen zu, die jedoch weiterhin unbehelligt bleiben. Wenn der Innenminister heute erklärt: „Wir lassen es nicht zu, dass Neonazis versuchen in unserer Heimat ein Klima der Angst zu verbreiten. Darauf reagieren wir mit aller Konsequenz und mit allen Mitteln des Rechtsstaates", dann fragt man sich, ob die Faschingssaison tatsächlich schon beendet ist. Betrachtet man nur die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz, die so mangelhaft ist, dass es an Erkenntnissen fehlt, das überfällige Verbot einiger wichtiger Neonazi-Strukturen durchzusetzen, bleibt das heutige Verbot der NSD reine Symbolpolitik.

Kerstin Köditz; Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE ■

Bundeswehr weitet Einfluss auf Schulen aus

„Schulen werden von der Bundeswehr zunehmend dafür missbraucht, unter Schülern Reklame für den Kriegsdienst zu machen", kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke. Nach aktuellen Zahlen, die die Bundesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten mitteilte, sind im Jahr 2012 mehr Schülerinnen und Schüler als im Vorjahr von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern erreicht worden. Jelpke weiter:

„Trotz rückläufiger Schülerzahlen haben Jugendoffiziere der Bundeswehr 144 000 Schüler in den Klassenzimmern erreicht, das sind rund 10 000 mehr als im Vorjahr. Zudem setzen die Jugendoffiziere darauf, das Lehrpersonal und andere Multiplikatoren zu agitieren: Die Zahl der Vorträge und Seminare für diesen Personenkreis ist mit über 30 000 um 8000 und damit ein Drittel höher als 2011.

Sogenannte Karriereberater, die den Jugendlichen die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber schildern sollen, haben in den Klassenzimmern weitere 190 000 Schüler erreicht.

Die blutige Seite des Kriegsdienstes wird von den Werbern der Bundeswehr stets ausgeblendet.

Den Unterricht als Instrument zu missbrauchen, die Kriegspolitik der Bundesregierung zu rechtfertigen, ist genauso perfide wie das Unterfangen, Schulen zu Rekrutierungsanstalten des Militärs zu machen. DIE LINKE fordert den sofortigen Rückzug aller Werber der Bundeswehr aus Schulen und Universitäten."

Die Antwort kann hier heruntergeladen werden http://www.ulla-jelpke.de/uploads/130213_Jugendoffze.pdf

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. ■

Zur Bundestagswahl: Geschiebe auf der Rechten

In der Wahlniederlage der Freien Wähler (FW) bei der Niedersachsen-Wahl (nur 1,1 %) versinkt auch das so hoffnungsfroh gestartete Bündnis mit der Wahlalternative 2013 (*AN 24/12*). Letztere unterstützte die FW, um damit gegen den Euro-Rettungsschirm zu agitieren und Ressentiments gegen die südeuropäischen EU-Mitgliedsländer zu verbreiten. Jetzt hat man keine Lust mehr, weil „es in der jetzigen Konstellation keine realistischen Erfolgsaussichten" gebe, so Bernd Lucke, einer der Kandidaten der Wahlalternative auf der Liste der FW.

Die Wahlalternative hat also die Zusammenarbeit aufgekündigt und strebt eine eigene Liste zu den Bundestagswahlen an, die sie gemeinsam mit weiteren Gruppierungen, die die EU von rechts kritisieren, aufstellen will: Neben den Freien Wählern sind das in erster Linie die Partei der Vernunft (PdV), das Aktionsbündnis Direkte Demokratie und die Dortmunder unabhängige Wählervereinigung *(zu den rechten Kritikern des ESM –Europäischer Stabilitätsmechanismus s. AN 7/12*).

Das Aktionsbündnis hat sofort euphorisiert zugesagt, die PdV aber genau so schnell einer Kooperation eine Absage erteilt, denn „gegen den ESM zu sein reicht nicht, weil der ESM nur die Folge des Geldpapiersystems ist", wie ihr Vorsitzender tüdelt. Die PdV bereitet eine eigenständige Kandidatur vor. Die Dortmunder haben unterdessen eine eigene bundesweite Partei, die Demokratische unabhängige Wählervereinigung gegründet. Und dass sich die Freien Wähler als bei Weitem größte der angesprochenen Truppen hier einordnet, ist ebenfalls unwahrscheinlich.

Es bliebe dann eine Wahlpartei, die sich überwiegend aus Kleingruppen mit teilweise hanebüchenen Weltanschauungen zusammensetzte. Ob sich die zahlreichen Honoratioren, die die Wahlalternative unterstützen, damit anfreunden können, ist sehr ungewiss.

F ■

Besuch deutscher Neonazi-Kader im griechischen Parlament

Die nationalsozialistische griechische Partei „Chrysi Avgi" (Goldene Morgenröte) soll nach einem Bericht des Nürnberger Bündnis Nazistopp die erste Parteizelle in Deutschland in der Stadt der Reichsparteitage gegründet haben. Mit einer eigenen Seite ist die Zelle auch im Internet präsent.

Am 6. Mai vergangenen Jahres schaffte die ultrarechte Partei zum ersten Mal mit 21 Sitzen den Sprung ins griechische Parlament. Bei der Wahl am 17. Juni erhielten sie bei 6,9 Prozent Stimmenanteil 18 Sitze. Im Moment werden ihr bei Umfragen um die 12 Prozent der WählerInnenstimmen zugeschrieben. Im täglichen Leben fallen die Parteimitglieder durch Überfälle auf MigrantInnen und Linke und weitere oft bewaffnete Gewalttätigkeiten auf.

Seit dem 10. Februar ist es mit der Webpräsenz der Nürnberger Zelle der neonazistischen „Goldenen Morgenröte" vorbei. Nach zahlreichen Medienberichten über den britischen „The Guardian", „Arutz Sheva 7" aus Israel„ griechischen Medien wie „MEGA TV Griechenland" oder der Griechischen Tageszeitung „To Vima" scheint Google den hauseigenen Blog gelöscht zu haben.

Wir werten das Ende der Internetseite als einen ersten Erfolg im Kampf, die faschistische griechische „Chysi Avgi" an einer Verbreitung ihrer menschenverachtenden Politik außerhalb Griechenlands zu stoppen.

Deutsche Nazis als Politikum

In Griechenland selbst wird die Nürnberger Zelle sowie der bekanntgewordene Besuch der beiden fränkischen Neonazis Matthias Fischer und Sebastian Schmaus bei der Parlamentsfraktion der „Goldenen Morgenröte" mittlerweile zum Politikum.

Die Zeitung „To Vima" veröffentlichte im Februar Bilder, auf denen der Generalsekretär der „Chrysí Avgi", Nikolaos Michaloliakos, sowie der griechische Parlamentarier Elias Kasidiari mit dem Nürnberger Stadtrat der rechtsextremen Bürgerinitiative Ausländerstopp, Sebastian Schmaus und Mattias Fischer zu sehen sind.

„Heftige Reaktionen von Politikern hat die Veröffentlichung von Fotos des Generalsekretärs der „Goldenen Morgenröte" Nikos Michaloliakos mit deutschen Neonazis verursacht" beginnt das griechische „Mega TV" einen Bericht. „Die Fotos wurden im griechischen Parlament aufgenommen, das die Neonazis auf Einladung von ‚Chrysi Avgi' Mitgliedern besuchten", meldete der Fernsehsender.

„Fast 70 Jahre nach dem Abzug der Nazi-Besatzungstruppen aus Griechenland trüben deutsche Nazis den Raum des griechischen Parlaments. Und sie taten dies auf Einladung der ‚Goldenen Morgenröte'" schreibt „To Vima".

Die Generalsekretärin der PASOK, Yannis Maniatis, prangerte den Vorfall an und rief all verfassungstreuen Parteien auf, nicht mit „Chrysi Avgi" zusammen zu arbeiten: „Das Foto zeigt nicht nur die unleugbare Zusammenarbeit zwischen der „Goldenen Morgenröte" und deutschen Neonaziparteien auf, sondern auch die Gefahr, welche die „Goldene Morgenröte" für unsere Demokratie und unseren Parlamentarismus darstellt" wird der Politiker in der Athener Zeitung „To Vima" und bei „Mega TV" zitiert. Nikos Dendias, Minister für öffentliche Ordnung, sprach nach „To Vima" gar die Möglichkeit an, „‚Chrysi Avgi' von der nächsten Wahl auszuschließen".

Vor allem Mathias Fischer rückt ins Zentrum der griechischen Medien: „Maler / Dekorateur von Beruf, hat er 20 Monate im Gefängnis wegen Anstiftung zum Rassenhass gesessen und hat in der letzter Zeit wiederholt Propaganda für die Schaffung ‚ethnisch reiner Zonen' in deutschen Städten betrieben" schreibt „Mega TV". Nach dem Generalsekretär der PASOK ist Fischer „ein führendes Mitglied der Organisation Freies Netz Süd (FNS), Mitbegründer der Fränkischen Aktionsfront (FAF), die 2004 wegen Pro-Nationalsozialistischer-Betätigung verboten worden ist und Gründer der Bewegung „arischen Hoffnung" (siehe „To Vima").'

Ähnlich wie die NPD in Deutschland versucht die „Goldene Morgenröte" in Griechenland, sich als gemäßigte, nationale aber nicht nationalsozialistische Partei nach Außen darzustellen.

Da kommen Bilder mit führenden deutschen Hardcore Nazis mit dem Parteivorsitzenden Michaloliakos und weiteren Parlamentariern nicht gelegen. Entsprechend versucht die faschistische Partei, die Kontakte zu verschleiern und schön zu reden:

Ilias Kasidiaris, Sprecher der „Goldenen Morgenröte", Parlamentsmitglied und weltweit durch seine Prügelattacke auf eine linke Kandidatin in einer Talkshow im griechischen Fernsehen vor laufender Kamera im Juni vergangenen Jahres bekannt geworden, versuchte am 9. Februar in einer Stellungnahme auf der Webpräsens von „Chrysi Avgi", den Parlamentsbesuch der FNS Kader herunter zu spielen und die deutschen Neonazis als Journalisten darzustellen.



Die Parteifahne

„Am Freitag den 1. Februar kontaktierten uns zwei deutsche Journalisten und baten um ein Interview mit einem Vertreter der „Goldenen Morgenröte". Ihre Anfrage wurde abgelehnt und am Abend kamen sie zu uns ins Parlament." Kasidiaris räumt ein, mit ihnen gesprochen zu haben als auch gemeinsam für Fotos posiert zu haben.

„Aber die Ausflüchte der ‚Goldenen Morgenröte' strafen die Deutschen selbst der Lüge, indem sie die fraglichen Fotos auf ihrer Internetpräsenz veröffentlichen" stellt „Mega TV" fest und zitiert die dazugehörige Aussage auf der Webseite des FNS:

„Bereits freitags vor dem Marsch für die griechischen Helden wurde den fränkischen Nationalisten die Ehre zuteil, das griechische Parlament sowie die Abgeordnetenbüros der Chrysi Avgi nach deren Parlamentseinzug als erste nationale deutsche Delegation zu besuchen. Der Einladung des Parteivorsitzenden Nikolaos Michaloliakos folgten der Stadtrat der Nürnberger Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), Sebastian Schmaus, und der fränkische Nationalist Matthias Fischer natürlich gerne."

Der Eitelkeit der FNS-Kader schreibt „To Vima" die Berichterstattung auf deren eigener Seite zu. „Vermutlich sind sie sehr stolz auf die Tatsache, dass sie sich mit ihrer Schwesterorganisation getroffen haben. So veröffentlichten sie zahlreiche Fotos und Informationen über die gegenseitigen Kontakte."

Quelle: Bürgerinnen und Bürger gegen extreme Rechte – http://bubgegenextremerechte.blogsport.de 06.02.2013 ■

MALI:

Frankreich interveniert in Westafrika

Komplexe und kontrovers diskutierte Situation

Seit dem Wochenende des 09./10. Februar 13 tritt der Krieg im westafrikanischen Mali in eine neue Phase ein. Durch Selbstmordattentate und Sprengstoffanschläge bereiten die jihadistischen Gruppen, die zuvor aus den Städten Nordmalis vertrieben worden waren, sich offensichtlich auf eine Phase des Guerillakriegs vor, in der sie versuchen werden, sich als „Widerstandskämpfer" gegen eine äußere Einmischung und besonders gegen die frühere Kolonialmacht Frankreich zu profilieren.

Im Augenblick sieht es nicht danach aus, dass sie dabei bei der Bevölkerung viel Gehör finden werden, denn die Menschen im Norden Malis reagierten in deutlicher Mehrheit mit Abscheu auf die Herrschaftsmethoden, mit denen die Jihadisten acht bis neun Monate lang über Städte wie Timbuktu, Gao und Nidal befohlen hatten: öffentliche Amputationen von Gliedmaßnahmen für tatsächliche oder (oftmals) nur vorgebliche Diebe, öffentliche Auspeitschungen, Haftstrafen besonders für Frauen für kleinste „Vergehen" – wie angeblich unzureichende Verhüllung, Rauchen von Zigaretten oder vermeintliche uneheliche Beziehungen. Doch die Jihadisten ihrerseits bauen darauf, dass sich in Zukunft ein Szenario ähnlich wie in Afghanisten entwickeln könnte, wo die Taliban von 1996 bis 2001 mit ähnlichen Methoden „regierten", aber sich heute als „Widerstandskämpfer" aufführen – und dabei heute wesentlich stärker erscheinen als zu Beginn der ausländischen Intervention vor nunmehr bald zwölf Jahren (welch letztere keines der Probleme des Landes löste).

Zuvor erfolgten zunächst die Eroberung weiter Teile des Staatsgebiets Malis – einer größeren Nordhälfte – zwischen Januar und April 2012 durch ein vorübergehendes Bündnis zwischen Tuareg-Rebellen (die die Unabhängigkeit des Nordes fordern) und radikalen Islamisten, und im Anschluss der Bruch der Allianz zwischen den beiden ungleichen Gruppen. Die zum Gutteil aus Nicht-Maliern – etwa Algeriern, Pakistanern und Nigerianern – bestehenden Jihadisten schüttelten ihren bisherigen Bündnispartner in Gestalt der Tuareg-Bewegung MNLA („Nationale Befreiungsbewegung für Azawad") im Juni 2012 ab, und die MNLA-Führung flüchtete am 27./28. Juni Hals über Kopf in das Nachbarland Burkina Faso. Dessen Führung hatte bis dahin die in Mali als „Tuareg-Separatisten" bezeichneten Akteure unterstützt, um das Nachbarland zu schwächen. Die Staatsführung Burkina-Fasos ist gleichzeitig ein enger Verbündeter des französischen Neokolonialismus in Westafrika.

Ab dem Sommer 2012, und ganz offiziell ab der UN-Vollversammlung von Ende September des Jahres in New York – wo der französische Präsident François Hollande am 26. September zum Thema sprach – bereitete Frankreich eine militärische Intervention in Mali vor. Dazu liegen seit November/Dezember 2012 auch einschlägige UN-Resolutionen vor, die ein solches Eingreifen legitimieren. Allerdings schossen die Resolutionen einen Oberbefehl Frankreichs über die Intervention eindeutig aus. Ebenso, wie sie keine französische Bodenintervention vorsahen, sondern die Präsenz afrikanischer Truppen am Boden mit logistischer sowie Luft-Unterstützung durch die Franzosen. Aus Pariser Regierungskreisen wurde immer wieder erklärt, man selbst wünsche nur keine allzu direkte Beteiligung an militärischen Kampfhandlungen in Mali, sondern wolle auf alle Fälle im Hintergrund bleiben. Als Gründe für eine vordergründige Zurückhaltung (auf der Ebene unmittelbarer militärischer Teilnahme) wurden die Kolonialvergangenheit Frankreichs in der Region – die für starke Abwehrreflexe bei einer direkten Intervention sorgen würde -, aber auch die Anwesenheit von sechs französischen Geiseln in den Händen von AQMI („Al-Qaida im Land des islamischen Maghreb", eine der dort aktiven jihadistischen Gruppen) im Norden Malis genannt.

Es kam anders: Ab dem 11. Januar 2013 griff Frankreich direkt und unter eigenem, ungeteiltem Oberbefehl in die Kämpfe in Zentralmali ein, die dort zwei Tage zuvor kurzfristig zwischen Regierungstruppen und (gen Süden vorrückenden) Jihadisten aufgeflammt waren. Die Jihadisten eroberten dabei am 9. Januar die kleinere Stadt Konna. Möglicherweise versuchten sie eine Art Flucht nach vorne, da sie die Intervention heranrücken sahen. Zudem wird von Beobachtern vermutet, dass Konflikte unter den sich zum Teil untereinander misstrauenden und bekämpfenden Gruppen – AQMI, die „Bewegung für die Vereinigung des Jihad in Westafrika" (MUJAO) und die lokale Gruppe Ansar ed-Dine („Anhänger der Religion") – ebenfalls den Anlass dazu gegeben haben könnten.

Die Konsequenzen wurden in Frankreich hingegen dramatisiert dargestellt: Hätte Frankreich nicht militärisch eingegriffen, so verlautbarte im Nachhinein aus Regierungskreisen, dann hätten die Jihadisten alsbald mit ihren motorisierten Fahrzeugen südlich des Nigerbogens vorrücken können und wären binnen kurzem vor den Toren der Hauptstadt Bamako gestanden.

Dort hätten sie 6000 dort lebende Franzosen oder Doppelstaatsbürgern (von 9000, die sich in Mali aufhalten) als Geiseln nehmen und das ganze Land in ihre Gewalt bringen können.

Die Position der extremen Rechten

Zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren findet eine, vordergründig für humanitäre Interessen – die Befreiung Malis von den Jihadisten ausweislich der offiziellen Begründungen – geführte, äußere Intervention auch die offene Unterstützung der extremen Rechten in Frankreich. Deren wichtigste Partei, der Front National (FN), sprach ihre offizielle Unterstützung aus: Marine Le Pen erklärte die Intervention am 12. Januar 13 für „legitim". Seitdem berichtet die Marine Le Pen nahe stehende Webseite Nations presse info (NPI), die mehrmals am Tag aktualisiert wird, quasi täglich im „Neues von der Front"-Kriegsberichterstattungsstil vom Vorrücken der französischen Armee in Mali.

Die vor allem durch die USA geführten Kriege im Irak in den Jahren 1991 – damals noch unter französischer Beteiligung – und 2003, der NATO-Angriff auf Serbien von 1999 und die französische Intervention in Libyen 2011 und die Spekulationen über ein militärisches Eingreifen in Syrien lehnte der FN gleichermaßen vehement damals ab. Vor allem in den Fällen des Irak und Syriens verteidigte die rechtsextreme Partei quasi offen die jeweiligen Diktaturen. Ferner erklärte sie, wertvolles eigenes Blut solle für fremde Interessen – jene der USA, oder jene der Islamisten, denen die Interventionen vorgeblich allein nutzten – oder „utopische" Ziele wie eine behauptete Demokratisierung dieser Länder geopfert werden. Stattdessen müsse das Blut der eigenen Leute und das für diese Kriege erforderliche Geld für vorrangige, nationale Aufgaben bewahrt werden.

BhS

Dagegen spricht allerdings nicht nur die Tatsache, dass der Süden Malis erheblich dichter besiedelt ist als der wüstenhafte Norden, und die Bevölkerung dort den Jihadisten – nach ihren Übergriffen auf die Bevölkerung im Norden – mit Abneigung und Hass begegnet. Die Zahl der jihadistischen Kämpfer wird auf rund 1500 geschätzt, die höchsten Schätzungen gehen bis maximal 3000. Hinzu kommen erwerbslose junge Männer, die in den letzten Monaten als Söldner rekrutiert wurden, jedoch (im Gegensatz zu überzeugten „Glaubenskämpfern", die auf den Eintritts ins Paradies warten) kaum bis gar nicht bereit sein dürften, einfach ihr Leben zu opfern. Mit einer solchen Truppe lässt sich ein großes Flächenland nicht im Handstreich erobern. Hinzu kommt, dass natürlich der Militäreinsatz ab dem 11. Januar 2013 nicht spontan innerhalb von wenigen Stunden entschieden wurden: Französische „Spezialstreitkräfte" (forces spéciales, also Elitetruppen) hatten bereits seit September 2012 in der Region Aufstellung bezogen. Die konservative Tageszeitung Le Figaro berichtete am 12. November 2012 sehr detailliert über dieses – wie sie schrieb – „Geheimnis", das keines war.

Die französische Enthüllungszeitung Le Canard enchaîné vom 16. Januar 2013 lieferte einen anderen, ja fast entgegengesetzten Erklärungsansatz als den offiziellen. Ihr zufolge war der französische Generalstab bis dahin ausgesprochen skeptisch gegenüber einer Intervention in Mali: Man wisse zwar, wie ein Krieg beginnen könne, aber nicht, wann und wie er enden werde – ein nunmehr bald zwölfjähriger Schlamassel in Afghanistan, wo die Taliban nicht schwächer sondern stärker wurden, dient als Mahnung. Doch die Politiker, François Hollande an ihrer Spitze, hätten den Generalstab überzeugen können, indem sie darauf verwiesen, dass die Jihadisten nunmehr leicht zu schlagen sein: Ihre auf Pick-Ups vorrückenden Verbände seien leichte Zielscheiben, im Gegensatz zu islamistischen Kampfverbänden, die sich in dicht besiedelten Städten aufhalten oder irgendwo in der Landschaft versteckt aufhalten. Demnach war es eher die momentane Verwundbarkeit der Jihadisten für militärische Angriffe denn ihre Stärke, die zum Eingreifen am jetzigen Zeitpunkt den Ausschlag gegeben hat.

Eine dritte Erklärung, über die etwa bei den „Generalständen für Mali" (Etats généraux pour le Mali) – einem größeren Kongress mit französischer, malischer und sonstiger afrikanischer Beteiligung am 26. Januar 2013 in Paris – diskutiert wurde, liegt ungefähr in der Mitte zwischen den beiden vorgenannten Erklärungsansätzen. Demnach war es nicht realistisch, dass die Jihadisten nach der Einnahme von Konna schnell auf die knapp 500 Kilometer entfernt gelegene Hauptstadt Bamako vorrücken. Allerdings hätte, nach der Einnahme von Konna, der Flughafen in der nahe gelegenen Kreisstadt Sévaré in ihrer unmittelbaren Reichweite gelegen. Dadurch wäre ggf. der zweite militärisch nutzbare Flughafen in Nordmali, nach der zuvor international genutzten Piste in Tessalit (Nordost-Mali), unter ihre Kontrolle gefallen. Dies hätte eine Intervention nicht verunmöglicht, doch zumindest erschwert und hinausgezögert, insofern als französische oder andere Truppen nicht mehr in unmittelbarer Nähe des nunmehrigen Kampfgebiets hätten landen können. Hinzu kommt, dass die höchstwahrscheinlich aus den reaktionären Golfmonarchien Saudi-Arabien und (besonderes) Qatar eintreffende Hilfe für die Jihadisten mutmaßlich über die dortigen Landebahnen abgewickelt wird. Es ist erwiesen, dass Flugzeuge aus Qatar auf dem Flugplatz in Tessalit landeten, kurz nachdem die Jihadisten diese Stadt eingenommen hatten; offiziell handelte es sich um Hilfslieferungen vom Roten Halbmond, doch wären auch humanitäre Lieferungen ohne einen direkten Kontakt mit den Jihadisten und ihr Einverständnis undenkbar gewesen.

Der reaktionäre und schwerreiche Golfstaat Qatar wird auch in französischen „sicherheitspolitischen" Kreisen immer wieder als Unterstützer für die Jihadisten erwähnt. Insofern hätte Frankreich, hätte es allein die Jihadisten zurückdrängen wollen, erst einmal seinem Bündnispartner – mit ihm zusammen intervenierte Frankreich 2011 in Libyen, und Qatar investiert derzeit riesige Summen in die krisengeschüttelte französische Ökonomie, bis hin übrigens zum Aufkauf des Pariser Fußballclubs PSG – auf die Finger klopfen müssen. Dies geschah nicht. Allerdings besuchte der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian am 10. Februar 2013 für kurze Dauer die Golfmonarchie, die auch ein enger Verbündeter der USA in der Region ist, und „versuchte Qatar zu einer Unterstützung für die französische Politik im Sahel zu gewinnen" (so fasste die konservative Tageszeitung Le Figaro den Besuch zusammen).

Aufgrund der Schreckensherrschaft, die die Jihadisten acht bis neun Monate lang über Städte im Norden Malis ausübten, applaudierte ein bedeutender Teil der Bevölkerung in Mali der Intervention – und betrachtete sie zumindest kurzfristig als „kleineres Übel", auch wenn neokoloniale Hintergedanken Frankreichs ebenfalls angesprochen und kritisiert wurden. Diese, jedenfalls vordergründig real vorhandene, Begeisterung konnte man auch bei den in Frankreich lebenden Immigranten aus Mali konkret erfahren. (Und bei dem „Forum zu Mali" zur Eröffnung der jährlich stattfindenden „Antikolonialen Woche" in der französischen Hauptstadt sprachen sich, am 14. Februar 2013 im Pariser Gewerkschaftshaus, viele aus Mali stammende Redner in diesem Sinne aus. Auch wenn es insgesamt sehr kontroverse Debatten zum Thema unter Afrikanern ebenso wie mit französischen Linken gab.)

Dennoch fiel die Zustimmung erheblich relativer aus, als sie in französischen und europäischen Medien oft dargestellt wurde. So wurde Präsident François Hollande bei seinem Aufenthalt in Mali am Wochenende des 02./03. Februar 2013 zwar in Timbuktu, wo die Jihadisten noch bis kurz zuvor drakonische Strafen wegen Rauchens oder Trinkens verhängte hatten, tatsächlich von einer jubelnden Menge begrüßt – es handelte sich nicht um eine Inszenierung, sondern um echte Erleichterung. Anderswo in Mali dagegen war die Haltung bereits sehr viel widersprüchlicher. In der Hauptstadt Bamako war unterdessen der Platz, auf dem Hollande an jenem Wochenende sprach, teilweise leer, wie man unschwer auf den Fernsehbildern erkennen konnte. Gegenüber der französischen Wochenzeitung Le Canard enchaîné (vom 07. Februar) begründete das Präsidentenamt dies damit, dass gleichzeitig das Fußball-Länderspiel Mali gegen Südafrika stattgefunden habe. Keine besonders starke Begründung. Alles spricht dafür, dass viele Menschen in Mali zwar das Ergebnis der Vertreibung – oder Gefangennahme oder Tötung – der

Völkermord-Komplize leitet Intervention

Wie immer man sonst das aktuelle Geschehen rund um Mali auch bewerten mag – eine Sache ist ein skandalöser Hammer: die Personalie, welche die Einsatzführung bei der französischen Intervention in Westafrika betrifft. Die Opération Serval (so lautet der militärische Codename für die Intervention in Mali) wird nämlich durch Brigadegeneral Grégoire de Saint-Quentin geleitet. De Saint-Quentin war von 1992 bis 1994 als Militärberater in Rwanda, wo das damalige – durch Frankreich intensive – unterstützte Regime intensive Vorbereitungen für den Völkermord an den Tutsi von April bis Juni 1994 traf. Französische Militärs und politische Entscheidungsträger sind in diesen jüngsten Genozid der Geschichte tief verwickelt. Jemand wie Saint-Quentin gehört deswegen auch nicht an die Spitze einer Intervention, sondern im für ihn günstigen Fall in lebenslange Haft.

Vgl. http://www.jeuneafrique.com/Article/JA2716p008-009_01.xml1/
Zu den Hintergründen betr. Frankreich und Rwanda vgl.
http://www.trend.infopartisan.net/trd7808/t397808.html und
http://www.trend.infopartisan.net/trd0310/t420310.html

Jihadisten wünschten, aber gegenüber den offenkundigen Eigeninteressen der intervenierenden Macht skeptisch bleiben.

Auf französischer Seite hingegen sähe man gerne die grundsätzliche Rolle Frankreichs als Hegemon in der Region, der weitgehend unkontrolliert die Rohstoffe im französischsprachigen Afrika schamlos ausbeutet, für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre erfolgreich neu legitimiert. Man hätte Unrecht, würde man in Paris glauben wollen, dafür nun einen Blankoscheck von der afrikanischen Bevölkerung erhalten zu haben. Aus Malis Nachbarland Niger kommt ein Drittel des Urans, das in den 58 (!) französischen Atomreaktoren verfeuert wird, und Niger zählt zu den zehn ärmsten Staaten der Welt; Mitte Januar wurde infolge der Intervention in Mali bekannt, französische „Spezialstreitkräfte" der Armee hätten rund um die Uran-Minen in Niger Aufstellung bezogen, um diese gegen Attentatsversuche zu schützen. Dass private Konzerninteressen des Nuklearkonzerns AREVA (auch wenn sie aufgrund des wahnwitzig überdimensionierten französischen Atomprogramms erheblichen Einfluss auf die nationale Energieversorgung haben mögen) derart ungeniert durch staatliche Truppen geschützt werden, hat schon eine neue Qualität. Viele Afrikaner/innen wissen zweifellos, was sie davon zu halten haben.

Ob man in der Krisenregion Mali ausgerechnet auf Frankreichs militärisches Eingreifen zurückgreifen musste, oder ob es Alternativen dazu gegeben hätte, ist eine Frage, die man sich stellen muss. Dafür mag vordergründig die Effizienzerwägung sprechen: Als hochgerüstete Großmacht, die in Afrika über reichlich Kampferfahrung verfügt, konnte Frankreich zweifellos schnell eingreifen. Allerdings trifft ebenso zu, dass alle Ansätze für eine inländische Lösung innerhalb Malis sowohl in ihren zivilen als auch militärischen Komponenten über Monate hinaus blockiert wurde. Seit März 2012 war Mali mit einem Waffenembargo belegt worden, mit der vordergründigen Begründung seitens der USA und Frankreichs, man nehme den Putsch eines Teils der Armee – eher ihrer unteren Ränge, gegen die korrupte Oligarchie – vom 22. März nicht hin. Stattdessen forderten etwa die USA erst einmal reguläre Wahlen, was angesichts der realen Situation in einem zweigeteilten und im Kriegszustand befindlichen Land ausgesprochen realitätsfern schien. Unterdessen verrosteten die für Malis Armee bestimmten Waffen in den westafrikanischen Hafenstädten Conakry, Dakar und Abidjan. Dabei war die Begründung aus Paris und aus Washington gelogen, der Militärputsch in Bamako unter Amadou Sanogo sei erst die Ursache für die Eroberung des Nordens durch die Jihadisten gewesen: Das war er nicht, viel eher war er eine von ihren Folgeerscheinungen.

Man muss Militärputsche keineswegs bejubeln, auch wenn sie von den unteren Reihen und den weniger korrupten jungen Offizieren ausgehen. Auch wenn man nicht verkennen darf, dass im postkolonialen Afrika – wo viele junge Männer aus armen Familien oft überhaupt nur bei der Armee zu erträglichen Jobs und Bildung kommen können – oft in den unteren Rängen der Armee progressivere Kräfte existieren, als in der regierenden Oligarchie. Als positivstes, tatsächlich emanzipatorisches Beispiel bleibt in ganz Westafrika der durch einen Putsch an die Regierung gekommene linke Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara (1983 bis 87). Ein negatives Gegenbeispiel setzte allerdings in jüngerer Zeit Moussa Dadis Camara, der ebenfalls als junger Offizier an die Macht kam, Ende 2008 in Guinea, und schon im September 2009 ein Massaker an zivilen Opponenten verüben ließ. Die Ambitionen und politischen Perspektiven der jungen Offiziere in Mali lagen wohl irgendwo zwischen diesen beiden Extrempolen. Einige der Putschisten strebten vor allem danach, einen Verteidigungskrieg im Norden des Landes gegen die Jihadisten zu organisieren. Andere dagegen wiederum strebten überwiegend danach, sich selbst auf schnellere Weise als bei normalem Karrieregang zu bereichern; in öffentlichen Gebäuden in Bamako kam es in den ersten Tagen des Putschs zu Plünderungen von ihrer Seite. Und es kam auch zu Misshandlungen von politischen Gegnern der Putschisten, vor allem innerhalb der Armee, und Amnesty international zufolge zur Folterung von gegnerischen Offizieren.

Man hätte den Putschisten also keinen Blankoscheck geben dürfen, und es wäre notwendig gewesen, für eine starke politische Kontrolle von zivilen Kräften über die malische Armee zu sorgen. Zivile politische Kräfte – in Gestalt der linksnationalistischen „Bewegung des 22. März", ein Zusammenschluss von vierzig Organisationen – begleiteten ja tatsächlich den Putsch vom 22. März 2012, in dem Viele ein kleineres Übel gegenüber der alten Oligarchie erblickten. Eine Mischung aus ziviler und militärischer Mobilisierung in Mali gegen die jihadistische Bedrohung, verbunden mit einer internationalen Beteiligung, aber unter einheimischer Kontrolle: Dies wäre eine Alternative zur Intervention unter rein französischer Kontrolle gewesen. Sie wurde mit allen Mitteln durch die Großmächte blockiert.

Bernard Schmid, Paris ■

Laut Umfrage: „32 Prozent teilen die Idee des FN"

Alljährlich seit nunmehr dreißig Jahren – also seit 1983, dem Jahr der ersten rechtsextremen Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen (im März '83 in Paris und im September '83 in Dreux) – erhebt das Meinungsforschungsinstitut TNS Sofres Daten zur Sichtweise der Franzosen auf den Front National. Vor kurzem, am 06. Februar 13, wurden die Ergebnisse der Untersuchung für das Jahr 2013 bekannt. Diese beruhen auf einer repräsentativen Umfrage, die zwischen dem 24. und dem 28. Januar dieses Jahres durchgeführt wurde. *(Vgl. http://www.tns-sofres.com/points-de-vue693325DDD54E4E5C9493278D0B5AA600.aspx)*
Die in der Öffentlichkeit meist zitierte Zahl lautet dabei: „32 Prozent der (befragten) Französinnen und Franzosen erklären sich mit den Ideen des FN einverstanden." Dabei handelt es sich um ein neues Rekordhoch in der öffentlichen Meinung. Allerdings nicht um einen noch nie erreichten Wert: Bereits einmal, im Oktober 1991, war dasselbe Niveau erreicht worden. Auch damals hatten sich 32 % der Befragten „mit den Ideen des FN einverstanden" erklärt.

Die Ausgangssituation ist dabei jedoch jeweils eine unterschiedliche. In den Jahren 1990/91 feierte die extreme Rechte Erdrutscherfolge (begonnen mit den 61,3% der Stimmen für einen freien Parlamentssitz in Dreux im Dezember 1989), die besonders vor dem Hintergrund des zuvor erfolgten Zusammenbruchs des sowjetischen Blocks betrachtet werden müssen – auf allen Kanälen war damals vom „definitiven Tod des Marxismus" und dem Ende jeglicher linken Systemalternative die Rede, der FN versuchte sich zur „alleinigen Fundamentalopposition" aufzuschwingen. Dabei stiftete die extreme Rechte auch erfolgreich politische Verwirrung, als sie mit ihrer Opposition gegen Frankreichs Eingreifen in den damaligen Irakkrieg auf der Seite der USA – Jean-Marie Le Pen hingegen verteidigte Saddam Hussein – vermeintlich die bisherigen Links-Rechts-Fronten durcheinander wirbelte. In Erinnerung blieb das Plakat: „Mitterrand – der Krieg / Le Pen – der Frieden." Und ferner kam es in demselben Kontext in der etablierten →

Zur Situation der Flüchtlinge in Italien

„Vai Via!“ lautet der Titel des Berichts zur Situation der Flüchtlinge in Italien. Vai Via bedeutet so viel wie „Verschwinde!“, und viele Flüchtlinge benutzen den Begriff um zu beschreiben, welche Erfahrung sie in Italien gemacht haben. Auf der Suche nach Unterkunft, Arbeit, Essen, Bildung, immer wieder hörten sie ein „Vai Via“.

Der Bericht ist Ergebnis einer rund einjährigen Recherche in den italienischen Städten Mailand und Florenz. Er beschreibt eindrücklich die äußerst prekäre Lage der Flüchtlinge in Italien und erklärt, wieso viele Flüchtlinge, trotz nomineller Anerkennung durch den italienischen Staat, nicht in Italien bleiben können, sondern in der Hoffnung auf ein würdiges Leben in andere Staaten der EU weiterziehen. Dort droht ihnen jedoch die Rückschiebung nach Italien, eine Erfahrung, die viele Flüchtlinge schon vielmals gemacht haben.

Der Bericht stellt einen Beitrag zur derzeit laufenden Debatte um den gegenwärtigen Zustand des Asylsystems in der EU dar und fordert eine Neuorientierung ein: Das Wohlergehen der Flüchtlinge muss wieder in den Mittelpunkt des Asylrechts gerückt werden. Der Bericht kann als PDF heruntergeladen werden. Eine gedruckte Version ist gegen den Preis von EUR 3 unter office@bordermonitoring.eu bestellbar.

Quelle: http://bordermonitoring.eu 05.02.2013 ■

Die Ärzte versteigern Tournee-Kostüme zugunsten von PRO ASYL

Von Elvis bis Obelix – die Ärzte versteigern ihre Tourkostüme auf Ebay

Zum Abschluss der „DAS ENDE ist noch nicht vorbei“ – Tournee versteigern „Die Ärzte“ ihre Tour-Kostüme für einen guten Zweck – unter anderem für PRO ASYL.



Das nennt man eine klassische Win-Win-Situation: Die Fans der „Ärzte“ haben die Möglichkeit ein Unikat der „besten Band der Welt“ zu ergattern, und die Erlöse der Aktion gehen zu 100 Prozent an PRO ASYL, Amnesty International, Attac, Sea Shepherd und Viva con Agua.

Die Trinkwasser-Initiative Viva con Agua versteigert vom 14. Februar bis zum 24. Februar die Tourkostüme auf Ebay. Zu ersteigern gibt es verschiedene Kostüme von Elvis bis Obelix – die allesamt auf der Bühne von Bela B. und Farin Urlaub getragen wurden.

Dass „Die Beste Band der Welt“, sie sich die Ärzte nennen, PRO ASYL unterstützt ist nicht neu: im letzten Jahr konnte PRO ASYL die Tour der Ärzte mit Infoständen begleiten – unter anderem in Berlin, Mannheim und Frankfurt waren wir dabei.

Politik zu einer Reihe von Dammbrüchen in Sachen Rassismus. Die damalige „sozialistische“ Premierministerin Edith Cresson proklamierte im Mai 1991 den (so wörtlich) „Krieg gegen illegale Einwanderung“. Der konservative Oppositionspolitiker Jacques Chirac tätigte im Juni 1991 seinen berüchtig(st)en Ausspruch über Le bruit et l'odeur – „den Lärm und den Geruch“ von Immigranten in den Sozialwohnungen –, und Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing kreierte im September 1991 im Figaro-Magazine das seitdem durch die extreme Rechte viel benutzte Begriffspaar „Immigration-Invasion“.

Heute ist der allgemeine politische Kontext nicht derart aufgerührt wie damals, als viele politische Akteure stärkere Durchbrüche der extremen Rechten erwarteten. Allerdings hat die konservative Rechte unter Nicolas Sarkozy im Regierungszeitraum 2007 bis 2012 erneut einen ungeschminkten Rassismus „normalisiert“ (von der Schaffung eines „Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität“ bis zur Debatte im Präsidentschaftswahlkampf 2011/12). Und Marine Le Pens Bemühung um ein aufgefrischtes, „entdämonisiertes“ Erscheinungsbild und eine gewisse programmatische Modernisierung ihrer Partei trugen zu ihrer scheinbaren „Normalität“ ebenfalls bei.

Hinter dem globalen Wert von „32 Prozent Einverständnis“ verbergen sich allerdings unterschiedliche Positionen. Betrachtet man die Dinge genauer, so erklären 35 Prozent der Befragten, sie seien „mit den constats (Feststellungen, Zustandsbeschreibungen) von Marine Le Pen“ einverstanden, dagegen erklären sich nur 12 Prozent ihr Einverständnis „mit ihren Feststellungen und auch mit ihren solutions (Lösungsvorschlägen)“. Hingegen äußern 46 Prozent ihre Ablehnung „sowohl für die Zustandsfeststellungen als auch die Lösungen Marine Le Pens“.

Im Einzelnen sehen die Ergebnisse wie folgt aus: Die stärkste Zustimmung findet – unter den „Zustandsfeststellungen von Marine Le Pen“ – die Aussage, es gebe „zu viele Einwanderer in Frankreich“. 54 Prozent der Umfrageteilnehmer/innen, und 74 Prozent der dabei befragten Wähler/innen der stärksten Oppositionspartei UMP, stimmen dieser allgemeinen Aussage zu.

Dagegen fällt die Zustimmung zu einigen programmatischen Aussagen des FN – seien sie nun als „Zustandsfeststellungen“ oder auch als „Lösungen“ zu verstehen – z.T. erheblich geringer aus. Was etwa die behauptete Notwendigkeit eines Ausstiegs aus dem Euro und einer Rückkehr zur Nationalwährung in Gestalt des französischen Front betrifft, so beträgt die Zustimmung 29 % (und selbst nicht alle Wähler/innen von Marine Le Pen folgen ihr dabei). Auch die Aussage über die Notwendigkeit einer Wiedereinführung der Todesstrafe, als angebliche Methode gegen Sicherheitsprobleme, überzeugt nur eine Minderheit: 32 Prozent. Die Zustimmung zu dieser Forderung nimmt seit fünfzehn bis zwanzig Jahren konstant ab. Der Rückgang an dieser Stelle scheint eine gesellschaftliche Tiefenströmung widerzuspiegeln.

Ähnlich verläuft die Entwicklung aber auch bei einem behaupteten Allheilmittel des FN bei sozialen Problemen, nämlich was die Forderung nach einer systematischen préférence nationale (Inländerbevorzugung, Inländervorbehalt) etwa beim Zugang zu Arbeitsplätzen betrifft. Diese Forderung, immerhin ein absolut zentraler Programmpunkt des FN, überzeugt nur noch 24 Prozent – hingegen waren es bei einer Umfrage zum Thema Rassismus (unabhängig von der Bewertung des FN) im Jahr 1991 noch über 60 Prozent gewesen.

In der Zusammenfassung lässt sich feststellen, dass der FN u.a. von einem allgemeinen Anstieg rassistischer Stimmungen mit profitiert; er jedoch bislang nur eine Minderheit (die hinter der Zustimmung zu seiner vermeintlichen „Auf den Tisch hauen“-Funktion zurückbleibt) von seinen „Lösungsvorschlägen“ überzeugen kann.

Bernard Schmid, Paris ■

Die Auktion startet heute im Lauf des Tages auf Ebay und läuft bis zum 24.02.2013. Die Kostüme finden sich dort im Angebot des Verkäufers „vivaconagua“.

Wir danken den Ärzten für die tolle Aktion und allen Bietern schon im voraus für ihr fleißiges mitbieten!

Quelle: http://www.proasyl.de 13.02.2013 ■

Repression an Flüchtlingsaktivisten

Auf dem Weg von Bayern zum Protestcamp am Berliner Oranienplatz wurden am Samstag den 2. Februar drei Flüchtlinge mehrmals durch rassistische Polizeikontrollen aufgehalten. In Berlin wollten sie am Oranienplatz den Flüchtlingskongress, der vom 1. bis 3. März in München stattfinden wird, planen. Durch das stundenlange Festhalten der Flüchtlinge auf Polizeistationen in Weiden und Hof war es den drei nicht mehr möglich, an diesem Tag nach Berlin zu reisen.

Die erste Kontrolle der drei Aktivisten fand im Zug nach Wiesau statt. Obwohl sie sich noch innerhalb des ihnen zugewiesenen Regierungsbezirks aufhielten, mussten sie Stunden auf der Weidener Polizeistation verbringen. Einer der Flüchtlinge wurde dort unter Androhung einer Haftstrafe dazu genötigt, eine Zustellungsbevollmächtigung zu unterschreiben. Der Inhalt dieses Papiers wurde ihm vorher von den Cops nicht ersichtlich gemacht.

„In Deutschland gibt es Regeln, und wenn du dich nicht an die Regeln in Deutschland halten willst, dann geh doch woanders hin!“

Nachdem Sie wieder freigelassen wurden, gerieten zwei der Flüchtlinge in Hof abermals in eine rassistische Polizeikontrolle. Auf der Polizeiwache in Hof mussten sie sich komplett entkleiden und die Papiere eines der Flüchtlinge wurden beschlagnahmt. Der dritte Flüchtling geriet gemeinsam mit einer Unterstützerin an rechtsradikale Fußballfans. Nach zahlreichen Stunden der Festnahme mussten sich die vier Personen schließlich entscheiden, ihre Reise abzubrechen.

Quelle: https://refugeecongress.wordpress.com 03.02.2013 ■

Unfaires Schnellverfahren für Asylsuchende

„Das Asyl-Bundesamt hat die Asylverfahren für Schutzsuchende aus dem Westbalkan auf sieben Tage verkürzt – in dieser Zeit ist kein faires und unvoreingenommenes Asylverfahren mehr möglich“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung (BT-Drucksache 17/12234) auf eine Kleine Anfrage. Die Abgeordnete weiter:

„Erwartungsgemäß ist die Zahl der Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien zum Ende des Jahres wieder deutlich zurückgegangen. Während ihre Zahl im Oktober bei fast 7000 lag, überschritt sie im Dezember nur noch knapp die 1000er-Marke. Damit haben sich die von Bundesinnenminister Friedrich und einigen seiner Länderkollegen an die Wand gemalten Szenarien eines Massenansturms von Asylsuchenden als reine Stimmungsmache entpuppt. Mit dem Rückgang der Zahlen dürfte sich auch das Projekt des Innenministers erledigt haben, Serbien und Mazedonien auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten zu setzen.

Dennoch hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seinen gesamten Apparat und Unterstützungskräfte aus anderen Behörden mobilisiert, um die Asylverfahren von Personen aus dem Westbalkan zu beschleunigen. Ein solches Asylschnellverfahren dauert nun nur noch sieben Tage. Das Ziel ist klar: Die Menschen, deren Asylgesuche man von vorneherein als aussichtslos einstuft, sollen möglichst schnell wieder abgeschoben werden können. Der Rechtsstaat wird für Asylsuchende damit zur leeren Hülle.

Statt eine immer rigidere Abschiebepolitik zu betreiben, sollte die Bundesregierung auch massive Diskriminierungen, wie sie Roma in den Westbalkanstaaten erleben, als Fluchtgrund anerkennen.“

Quelle: Pressemitteilung: http://www.ulla-jelpke.de/news 08.02.2013 ■

Tödliche Folgen der europäischen Abschottung

„Nach Kenntnis der Bundesregierung haben mindestens 183 Flüchtlinge ihre Flucht in die Festung Europa nicht überlebt“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag (17/12147). Erstmals hat die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage Angaben zu den tödlichen Folgen der europäischen Abschottungspolitik gemacht. Die Abgeordnete weiter:

„Die Regierung berichtet von zwei Vorfällen in der Ägäis, bei denen insgesamt 89 Menschen die Überfahrt in zum Teil völlig überladenen Booten aus der Türkei nach Griechenland nicht überlebten. Zudem sind 64 Menschen vor der spanischen Küste tot aufgefunden worden oder werden vermisst; für Italien ist von 28 Todesfällen die Rede.

Insbesondere die Abschottung der Landgrenze Griechenlands zur Türkei fordert demzufolge massiv Todesopfer. Unter den Toten in der Ägäis befinden sich auch Flüchtlinge aus Syrien. Statt ihnen erleichterten Zugang zu einem Asylverfahren zu gewährleisten, treiben die EU-Staaten sie auf lebensgefährliche Routen über das Meer.

Bei den Zahlen handelt es sich um nicht-amtliche Angaben, die größtenteils von Bundespolizisten stammen, die im Rahmen von Frontex in Griechenland eingesetzt waren. Nach wie vor weigert sich die Bundesregierung, eigene Erkundungen zur Gesamtzahl der Todesopfer und Verletzten unter Flüchtlingen zu unternehmen.

Die jetzt erteilten Angaben erfassen nur einen Bruchteil der tatsächlichen Zahl der Todesopfer an den EU-Außengrenzen. Darauf weist schon allein die Tatsache hin, dass im Rahmen von FRONTEX-Operationen 33 000 Personen aus Seenot gerettet wurden. Diejenigen, die nicht gerettet werden, finden hingegen in keiner Statistik Eingang. Es ist davon auszugehen, dass die Abschottung der Wohlstandsfestung EU jährlich tausende Menschen das Leben kostet.“

Quelle: Pressemitteilung Ulla Jelpke So., 10.02.2013 ■

Bargeldauszahlung an Flüchtlinge ab sofort möglich

Am gestrigen Mittwoch hat die designierte Niedersächsische Landesregierung ihren Koalitionsvertrag veröffentlicht. Zur Frage „Bargeld oder Gutscheine“ für Flüchtlinge heißt es darin unmissverständlich: „Die rot-grüne Koalition wird (...) die diskriminierende Wertgutscheinpraxis beenden und durch Bargeldauszahlung ersetzen.“ Die ohnehin zweifelhafte Rechtsauffassung der scheidenden Landesregierung wird somit nicht weitergeführt; der umgehenden Umstellung der Leistungen auf Bargeld steht nichts mehr im Wege.

Die bisherige Landesregierung hatte immer behauptet, die Gutscheinausgabe stelle die einzig rechtskonforme Art der Leistungsgewährung nach §3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) dar. Dem hatten sich die Verantwortlichen in der Stadt und im Landkreis Göttingen stets gebeugt und entsprechenden Beschlüssen ihrer Regionalparlamente die Umsetzung verweigert. Bezogen auf Nachzahlungen nach dem AsylbLG waren die Göttinger Kommunalverwaltungen sogar über die Vorgaben der bisherigen Landesregierung hinausgegangen. Dieses Vorgehen wurde durch ein Urteil des Sozialgerichts Hildesheim im Dezember nachträglich für rechtswidrig erklärt.

Die Gutscheingruppe fordert die Stadt und den Landkreis Göttingen auf, die Leistungsausgabe ab sofort auf Bargeld umzustellen. Nach der „peinliche[n] Niederlage vor Gericht“ vom Dezember wäre dies ein klares politisches Signal und richtungsweisend auch für andere Kommunen des Landes.

Unabhängig vom Wechsel der landespolitischen Rahmenbedingungen läuft die rechtliche Auseinandersetzung bezüglich

der Gutscheinausgabe weiter. Der Kerngedanke des BVerfG-Urteils zum AsylbLG, wonach die Sicherung des Existenz-minimums nicht migrationspolitisch relativiert werden darf, gibt dabei die Richtung vor. Bei einer Erörterung der Rechtslage in einem der Verfahren hat das Gericht denn auch erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Gutscheinvergabepraxis durch Stadt und Landkreis Göttingen erkennen lassen.

Die Hauptverhandlung ist nun für den 25.02.2013 angesetzt. Das Sozialgericht Hildesheim tagt dazu in Göttingen und zwar ab 9.30 Uhr im großen Sitzungssaal des Verwaltungsgerichts. Wir wünschen den Klägerinnen viel Erfolg!

Quelle: Pressemitteilung der Gutscheingruppe Göttingen 14.02.2013 ■

Rassismus der Mitte in der Lüneburger Heide

Dass Rassismus in Deutschland nicht auf Rechtsaußen beschränkt ist, sondern sich auch in der Mitte der Gesellschaft wiederfindet, hat jüngst die Gemeinde „Undeloh" im Landkreis Harburg eindrucksvoll unter Beweis gestellt: 29 Flüchtlinge sollen dort eine vorübergehende Heimat finden. Das finden die Undeloher weniger gut. Sie freuen sich zwar über zahlende Fremde, aber nicht über politisch Verfolgte. Und so kamen mehr als 70 Bürger zu einer Ratssitzung und packten alle Vorurteile aus, die man aus früheren Asyldebatten kennt und eigentlich überwunden glaubte. Die Kreiszeitung berichtet von dem Treffen:

„Unsere Gäste wollen hier entspannen und nicht Dunkelhäutige oder Frauen mit Kopftuch sehen!" – Undelohs Bürgermeister Albert Homann machte am Montagabend nicht einmal den Versuch, ausländerfeindliche Aussagen zu unterbinden. Selbst Sätze wie „Wer schützt unsere Frauen und Kinder vor den Asylanten?" ließ Homann in einer hitzigen Diskussion zu. Mehr als 70 Einwohner waren in die Gaststätte „Heiderose" gekommen, um im Zuge einer Gemeinderatssitzung ihren Unmut gegen die vom Landkreis geplante Einrichtung einer Asylbewerber-Unterkunft Luft zu machen. Am Ende stimmte der Gemeinderat einstimmig gegen eine Nutzungsänderung des Hermann-Löns-Cafés in eine Asylantenunterkunft.

Beklagt wurde darüber hinaus eine mögliche „Wertminderung" des eigenen Grundstücks. Auch sei eine Unterkunft für Flüchtlinge „dem Fremdenverkehr nicht zuträglich". Die vom Undeloher Gemeinderat hilfsweise angeführten Gründe, warum Undeloh als Unterkunftsort für Flüchtlinge nicht geeignet ist (Kein Supermarkt, keine Ärzte und Apotheken, kein öffentlicher Nahverkehr), sind durchaus plausibel. Es ist jedoch genau diese Mischung aus paternalistisch-fürsorgerischen Überlegungen und kruder Fremdenfeindlichkeit, die für den Alltagsrassismus in Deutschland so prägend und typisch ist.

In dieser Debatte ist es schwer, sich „richtig" zu positionieren. Dem ekelhaften Rassismus einer vom Tourismus lebenden, Flüchtlinge aber zur Bedrohung und „Zumutung" erklärenden Gemeinde Zugeständnisse zu machen wäre fatal. In der Tat sind Flüchtlinge aber nicht gut in einem 400-Seelen-Dorf untergebracht, in denen es keinen vernünftigen ÖPNV-Anschluss und keine Einkaufsmöglichkeiten gibt. Gefordert ist eine Unterbringungspolitik, die die Interessen und Bedürfnisse von Flüchtlingen von vornherein berücksichtigt und darauf achtet, dass eine Isolation in abgelegenen Dörfern vermieden wird.

gez. Kai Weber
Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 08.02.2013 ■

Residenzpflicht Flüchtlinge:

Gefangen im Gestrüpp der Lockerungen

Flüchtlingsrat Brandenburg und PRO ASYL legen bundesweiten Überblick über Landesregelungen vor. Ergebnis: Nur innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns gilt die Bewegungsfreiheit uneingeschränkt.

Die sogenannte „Residenzpflicht", die es Asylsuchenden und Geduldeten verbietet, einen bestimmten Landkreis oder Regierungsbezirk zu verlassen, wurde in den letzten zwei Jahren in vielen Bundesländern gelockert. Mittlerweile haben elf Länder den Aufenthaltsbereich von Asylsuchenden und Geduldeten auf das Bundesland erweitert, zwischen Berlin und Brandenburg besteht bereits eine länderübergreifende Regelung.

Doch so erfreulich dieser Trend zur Liberalisierung ist, so kleinlich und widersprüchlich zeigen sich die Regelungen bei näherer Betrachtung. Für einen großen Teil der Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nur den Aufenthaltsstatus der Duldung haben, können die Ausländerbehörden nach wie vor den Bewegungsradius auf einen Landkreis oder sogar eine Stadt beschränken. Die Gründe dafür sind vielfältig: Verurteilungen wegen selbst geringfügiger Straftaten, Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen und vor allem: fehlende Mitwirkung an der Ausreise. So wurde die Residenzpflicht in vielen Bundesländern von einer pauschalen Schikane für alle Asylsuchenden und Geduldete in eine individuell verhängbare Sanktionsmöglichkeit umgewandelt, mit der die Ausländerbehörden Betroffene nach eigenem Gutdünken bestrafen und unter Druck setzen können.

„‚Jeder Mensch hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen', heißt es in Artikel 13 der UN-Menschenrechtskonvention. Ein Menschenrecht verwirkt man nicht durch Ladendiebstahl oder die Beurteilung eines Beamten, Mitwirkungspflichten verletzt zu haben", kritisiert Kay Wendel vom Flüchtlingsrat Brandenburg, der die Studie erstellt hat.

Statt das skandalöse Bundesgesetz abzuschaffen, ist nun durch Länderverordnungen und -erlasse ein Gestrüpp von Sonderregelungen entstanden. Wie die Studie zeigt, ist allein in Mecklenburg-Vorpommern für alle Betroffenen der Aufenthalt im Bundesland ohne Einschränkung erlaubt.

Auch ist die Residenzpflicht mit den Lockerungen auf Länderebene keineswegs abgeschafft. Für Fahrten in andere Bundesländer müssen Flüchtlinge nach wie vor die Erlaubnis beantragen, das jeweilige Bundesland verlassen zu dürfen. In sechs Bundesländern erheben die Ausländerbehörden immer noch Gebühren für die Bescheinigung der erforderlichen Verlassenserlaubnis. „Es führt kein Weg vorbei an der Einsicht, dass die Zeit vorüber ist, an der Residenzpflicht herumzubasteln. Es ist höchste Zeit sie abzuschaffen", so Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von PRO ASYL.

Die Studie steht hier zum Download zur Verfügung (http://is.gd/Residenzpflicht_Studie)

Quelle: Presseerklärung Brandenburg und PRO ASYL 4.2.2013 ■

Offener Brief aus dem Flüchtlingslager Breitenworbis

In einem offenen Brief haben sich einige Frauen aus dem Flüchtlingslager Breitenworbis an das Landratsamt Eichsfeld, die Eichsfelder Ausländerbehörde und das Eichsfelder Sozialamt gewendet.

Wir leben in einem alleinstehenden Wohnhaus, 2 km von dem Ort Breitenworbis entfernt. Nebenan befindet sich eine stinkende Kläranlage sowie eine Mastanlage, was das Wohnen besonders im Sommer unerträglich macht. 120 Menschen – Familien und Alleinstehende – müssen sich wenige Toiletten, Duschen und Küchen teilen. Um einzukaufen, zum Arzt, zur Schule oder zum Kindergarten zu gelangen, müssen wir mehrere Kilometer zu Fuß auf einer unbeleuchteten Straße laufen. Eine Bushaltestelle gibt es nur im Ort.

Wir fühlen uns von der Gesellschaft isoliert und ausgegrenzt. Besonders für Frauen, die krank sind und schlecht laufen können sowie Mütter mit kleinen Kindern ist dieses Leben unerträglich. Hinzu kommt, dass wir mit unseren Problemen nicht ernst genommen werden.

Einmal, als es einer alten Frau sehr schlecht gegangen ist, sind die Frauen, die sich um sie gekümmert haben, zum Hausmeister vor Ort gegangen, um einen Taxischein zum Arzt zu bekommen oder

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft

Die Diskussion über einen spezifischen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft wirft neue und grundsätzliche Fragen auf: Welche Auswirkungen hat die Rezeption des Nahostkonflikts auf das Lernen über den Nationalsozialismus und die Shoah? Und für welche aktuellen Formen von Diskriminierung gilt es den Blick zu schärfen?

Diese Beiträge bieten Interessierten:
• einen Überblick über den aktuellen
Forschungsstand zum Thema,
• Zugang zu multiperspektivischen
•onzepten,
• Strukturierungshilfen und Fallbeispiele
für die pädagogische Praxis.

Aus dem Inhalt:
Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft: Eine Einführung
Aufgabenstellungen, Möglichkeiten und Grenzen der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft
Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland als empirisches Problem und mediale Zuschreibung
Bildungsarbeit im Kontext von sekundärem Antisemitismus und antimuslimischen Tendenzen





Quelle: The Voice,Foto: Thomas Kriska,

zu fragen, ob sie jemand mit dem Auto mitnehmen kann. Die Frau schaffte es selbst nicht mehr zum Arzt. Da wurde uns gesagt, da würde doch ein Einkaufswagen stehen, da könnten wir die Frau doch reinsetzen und zum Arzt schieben. Diese absolut demütigende und herablassende Umgehensweise erleben wir als sehr belastend und macht uns wütend.

Katastrophal ist die ärztliche Versorgung. Es steht uns nur eine Arzt zur Verfügung, der alles mit den selben Medikamenten behandelt – Paracetamol, Magenmittel und Beruhigungsmittel. Wir können uns mit ihm auch nicht richtig verständigen. Außerdem werden wir nicht richtig darüber informiert, welche Hilfe (z.B FachärztInnen oder PhysiotherapeutInnen...) wir noch in Anspruch nehmen können. Obwohl wir ein Recht auf freie Arztwahl haben, wird uns dies vom Sozialamt verwehrt. Sie behaupten, sie hätten einen Vertrag mit diesem Arzt und deswegen müssten alle dort hin und der Krankenschein wird nur für diesen Arzt ausgestellt. Wenn wir doch Mal eine Überweisung zum Facharzt bekommen, ist der Weg sehr weit und wir müssen die Fahrtkosten selbst bezahlen. Erst wenn es ganz schlimm ist und andere einer helfen sich zu beschweren, können wir den Krankenwagen rufen, der uns ins Krankenhaus bringt. Einmal hat sich sogar ein Arzt aus dem Krankenhaus über die schlechte Behandlung beschwert, aber auch das hat nichts bewirkt.

Viele von uns brauchen dringend auch psychologische Hilfe, wegen dem was wir schon im Heimatland erlebt haben und jetzt kommt die Isolation hier dazu. Wir bekommen in dieser Hinsicht aber keinerlei Unterstützung und wir können uns auch nicht selbst informieren, weil alles zu weit weg ist. Auch unsere Kinder leiden sehr unter dieser Lebenssituation und wir machen uns große Sorgen um sie. Einige Kinder haben immer noch keinen Kindergartenplatz, wo sie was lernen und mit anderen Kindern spielen können. Der Kinderraum im Lager ist meist zugeschlossen. Wir wollen, dass unsere Kinder Deutsch lernen und in einen richtigen Kindergarten mit ausgebildeten ErzieherInnen gehen. Gute Bildung für unsere Kinder ist uns sehr wichtig.

Einige von uns hält nur noch die Tatsache am Leben, dass sie die Verantwortung für die Kinder haben. So verzweifelt sind sie oft. Die Kinder sollten doch Ruhe haben, das war das Ziel der Flucht. Jetzt sind sie in diesem Loch gelandet, in diesem Lager, wie in einem Gefängnis.

Es gibt im Lager aktuell für alle Frauen nur 3 funktionierende Duschen und so müssen wir oft anstehen. Außerdem ist es so, dass es nur morgens und abends jeweils für 2 Stunden warmes Wasser gibt. Das ist besonders für Frauen mit kleinen Kindern und die kranken Frauen schwierig, die dann auch anstehen müssen oder kalt duschen. Weil sich die Duschen im Keller befinden, ist das zusätzlich problematisch, wenn Frauen mehrere Kinder haben und dann weit weg von den Räumen sind, wo sich die anderen Kinder aufhalten.

Unsere Wäsche dürfen wir nicht selber waschen. Wir müssen sie der angestellten Wäschefrau bringen, die dann regelmäßig wäscht. Dafür müssen wir zahlen, auch wenn wir lieber selber waschen wollen, aber die Wahl wird uns nicht gelassen. Pro Etage gibt es nur eine Küche für jeweils 40 Menschen, aber nur eine Küche im ganzen Haus hat funktionierende Herde. Das bedeutet, dass dort alle Menschen aus dem Lager kochen. Die hygienischen Bedingungen in den Küchen und den Duschen sind so schlimm, dass es im Lager sowohl Ungeziefer als auch Mäuse gibt. Im Winter funktionieren die Heizungen nicht immer gut, so dass die Räume zu kalt sind.

Sobald wir nicht machen, was der Hausmeister sagt, droht er damit, die Polizei zu rufen. Die Polizei kommt dann zwar nicht aber viele haben Angst davor und machen deshalb, was der Hausmeister sagt, auch wenn es nicht in Ordnung ist.

Schon lange beschweren wir uns über diese schrecklichen Zustände im Lager aber wir wurden nicht ernst genommen und über unser Anliegen nach einer eigenen Wohnung wurde sich lustig gemacht. Das Einzige, was sich bisher geändert hat, ist, dass einige Wände neu gestrichen wurden. Das ändert aber nichts an unserem Leben in der Isolation. Ein schönes Gefängnis bleibt ein Gefängnis!

Wir wollen hier raus, wir wollen selbstbestimmt in Wohnungen leben.

Wir wollen selber entscheiden wo wir wohnen.

und wir wollen endlich ein Aufenthaltsrecht bekommen.

Frauen aus dem Flüchtlingslager Breitenworbis

Hauptsache hier weg! Flüchtlinge aus Breitenworbis wollen Lager schließen

Quelle: thevoiceforum@emdash.org 02.02.2013 ■

Antisemitismus im globalisierten öffentlichen Raum
Zwischen Berlin und Beirut. Antisemitismus und die Rezeption des Nahostkonflikts durch Jugendliche arabischer und türkischer Herkunft
„Ich dachte immer, dass das in Deutschland gar nicht so schlimm wäre." Die Geschichte von Herrn Tamms Laden als Lehrstück zum Problem des aktuellen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft
Antisemitismus im Kontext von Ökonomiekritik. Eine Unterrichtseinheit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus
Fallstricke und blinde Flecken in der Bekämpfung des Antisemitismus
Zur Ideologie antisemitischer Israelkritik
Zum Zusammenhang von Ethnisierungen und antisemitischen Konstruktionen in Beobachtungshaltungen heutiger Jugendpädagog/innen
Antisemitismus und multikulturelle Gesellschaft: Das Verständnis von Judenfeindschaft in Großbritannien
Perspektiven und Konsequenzen für die Bildungsarbeit
„Über", „aus", „gegen" oder „wegen" Antisemitismus lernen? Begründungen, Themen und Formen politischer Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus
Eine Rechte ohne Antisemitismus? Neue Inszenierungsformen des Rechtspopulismus in Westeuropa
Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft

Mit Beiträgen von:

Richard Gebhardt / Anne Klein / Marcus Meier (Hrsg.) Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft • Christian Brühl • Mehmet Can • Richard Gebhardt • Anne Klein • Hans-Peter Killguss • Heiko Klare • Doerte Letzmann • Marcus Meier • Astrid Messerschmidt • Jochen Müller • Hendrik Puls • Heike Radvan • Barbara Schäuble • Albert Scherr • Michael Sturm • Maike Weißpflug • Juliane Wetzel
Unter Mitarbeit von Dominik Clemens

Richard Gebhardt / Anne Klein / Marcus Meier (Hrsg.)
Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft
Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit
2012, 232 Seiten, broschiert
€ 29,95
ISBN 978-3-7799-2830-0

Thomas Geve, Geraubte Kindheit – Ein Junge überlebt den Holocaust



Thomas Geve (Pseudonym) ist knapp 13 Jahre alt, als er am 28. Juni 1943 mit seiner Mutter nach Auschwitz deportiert wird. Die nächsten 22 Monate verbringt er in vier verschiedenen KZs: Birkenau, Auschwitz, Groß-Rosen und Buchenwald, wo er am 11. April 1945, gerade 15 jährig, seine Freiheit wiedererlangt.

Das Besondere des schon 1958 in Jerusalem unter dem Titel Erinnerungen „Youth in Chains" („Jugend in Ketten") erschienenen Buches ist der Blick des Jugendlichen auf den täglichen Terror des KZ-Systems, die ständige Todesgefahr, die entstehenden Freundschaften und Feindschaften, das Verhalten der Jungen und der Alten, der Juden, Russen, Ukrainer, Zigeuner, der Erfahrenen und der Unerfahrenen, der „Herrenrasse" und ihrer Sklaven. Er beobachtet konzentriert und gefasst die unterschiedlichen Todes- und Bedrohungssysteme der vier KZs und entwickelt geeignete Gegenstrategien.

Das Buch sollte in der deutschen Übersetzung damals ein Bestseller werden in der DDR. Doch es wurde vom Verlag abgelehnt mit der Begründung, das Buch sei „naiv geschrieben für ein Kind". Außerdem fehle die „klare politische Stellungnahme".

Vermutlich war es genau das, was für mich den Reiz ausgemacht hat, ständig weiter zu lesen: Die Darstellung aus einer jugendlichen Perspektive, die von keiner politischen Schablone beengt wird und ständig den eigenen Kopf in die Situation versetzt und zum Mitdenken und -fühlen anregt. (Aber da dachte die Parteiführung wohl mit Recht: Wo kommen wir denn da hin, wenn das jeder macht – selbst denken?)

Etwas versteckt gibt es für mich eine weitere Besonderheit: Der Verfasser ist in diesen 22 Monaten meist mit Jugendlichen zusammen, die aus den unterschiedlichsten Sprachräumen und –kulturen stammen. Mühsam müssen sie aufeinander eingehen, um eine Verständigung aufzubauen und die zum Überleben notwendigen Absprachen treffen zu können.

Das Highlight ist ein Streit zwischen ihm und seinem ukrainischen Freund auf den Seiten 153/154, über den Zusammenhang von Sprachfertigkeit, Intrige, Diebstahl, Betrug, „rau und ehrlich" und den hehren Maßstäben westlicher Zivilisation – die das KZ-System geboren hat.

Peter Bach

Thomas Geve: Geraubte Kindheit - Ein Junge überlebt den Holocaust. Donat Verlag, Bremen, 238 Seiten, 16,80 Euro, ISBN 978-3-943425-18-5

Aus dem Inhalt
Teil I: Verlorene Welt
1929 bis 1939
1939 bis 1943
Teil II: Verborgene Welt
Ich werde Häftling
Jugend in Ketten
„Arbeit macht frei"
„Ein alter Hase"
Es geht weiter
Finale
Teil III: Eine neue Welt
Anhang: Die Moorsoldaten

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Politisches Mimikry

Dass es sich bei *Zuerst! – Deutsches Nachrichtenmagazin* um eine rechte Illustrierte handelt, kann selbst bei völliger Unkenntnis der Zeitschrift bereits anhand des Untertitels vermutet werden. Völlig klar wird es allerdings, nimmt man den Inhalt auch nur ein wenig genauer zur Kenntnis. Interessant ist allerdings, dass es durchaus Themen gibt, bei denen die Autor(innen) sich ein linkes Mäntelchen umhängen. Im vorliegenden Februarheft gibt es für diese Praxis einige Beispiele.

„Deutschland wolle ‚seinen Beitrag leisten', ist sowohl von den etablierten Parteien als auch von den Mainstream-Medien in trauter Eintracht zu hören. Selbst die … taz trommelt für den Krieg in Afrika. Wahlweise geht es um ‚Menschenrechte', um ‚Terrorabwehr' oder um unsere angebliche ‚gemeinsame europäische Interessenpolitik,. Doch wenn sich die Etablierten dermaßen einig sind, ist Mißtrauen angesagt. … Seit dem Ende Frankreichs als Kolonialmacht betreibt Paris in Afrika das, was man Hinterhofpolitik nennt: Mal stützt Paris den einen Machthaber, dann wieder den anderen Clanchef. Natürlich geht es für Frankreich dabei nicht nur um politische Dominanz, sondern auch um handfeste wirtschaftliche Interessen". Diese Sätze, denen inhaltlich nicht widersprochen werden kann und bei denen lediglich das Adjektiv „linksradikal" vor taz weggelassen wurde, stammen nicht aus einer Analyse des Krieges in Mali aus dem Bereich der Friedensbewegung, sondern aus der Feder des ZUERST-Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER.

DIRK REINARTZ berichtet über „Schlechte Stimmung" in den deutschen Fußballstadien und stellt fest: „Fußball: Ultra-Fußballfans fühlen sich von Politik und Verbänden diskriminiert". Auch in seinem Beitrag finden sich Passagen, die genauso auch in einem linken Medium zu lesen sein könnten, weil sie die Realität richtig wiedergeben: „Die meisten ‚Extremfans' sehen sich als unpolitisch, es gibt aber auch Gruppierungen, mit deutlich linkem oder rechtem Anstrich. Linksgerichtete Ultras haben sich im ‚Bündnis Aktiver Fußballfans' (BAFF) organisiert. Gemeinsames Feindbild ist der ‚moderne Fußball' – eine Chiffre für die zunehmende Kommerzialisierung der beliebtesten Nebensache der Welt. Um das Spiel soll es gehen und um die Fans, aber nicht um hohe Profite. Ein beliebter Slogan ist: ‚Liebe das Spiel, hasse das Geschäft'. Solche Töne stoßen bei den Bundesligavereinen selten auf Gegenliebe, denn dort wird ja gerade das praktiziert, wogegen die Ultras anrennen". Reinartz schlussfolgert: „Eine pauschale Verdächtigung von Sportfans ist ebenso abzulehnen wie der Versuch des Staates, mit fragwürdigen Argumenten und erpresserischen Methoden seinen Überwachungsapparat immer mehr auszubauen". Ein Beitrag zu diesem Thema in der linken Presse könnte dieselben Sätze enthalten.

In FALK TIEDEMANNs Beitrag „Bahn frei?" geht es um politische Vorstöße der EU, insbesondere ihres Verkehrskommissars SIIM Kallas, den Schienenverkehr in Europa zu liberalisieren und damit weiter zu privatisieren. „Die Eisenbahnen wurden in Deutschland in mehr als 170 Jahren aufgebaut. Mit der Zerstückelung und totalen Privatisierung riskiert die Politik, daß diese gewaltige, ganze Stadtzentren und Landschaften prägende Aufbauleistung weitgehend zerstört wird. Länder mit privaten Bahnen (USA) oder mit Bahnprivatisierungen (Neuseeland, Argentinien, Großbritannien) mußten diese Erfahrung bereits machen. Doch auch aus einem weiteren Grund wäre die Vollprivatisierung und Zerschlagung der Deutschen Bahn ein problematisches Signal: Die DB ist das größte europäische Eisenbahnunternehmen, ein umfassender Prozess von Bahnprivatisierungen in Europa könnte die Folge der praktischen Abschaffung des deutschen Eisenbahnkonzerns sein. Dabei würde das insgesamt gut ausgebaute europäische Streckennetz mit immerhin 20 000 Kilometern aller Voraussicht nach qualitativ erheblich leiden. Wer in Sachen Infrastruktur den Schienenverkehr fördern will – so das erklärte Ziel auch Brüssels – und gleichzeitig auf die Zerschlagung der nationalen Bahnunternehmen pocht, widerspricht sich selber". Das liest sich wie ein Text beispielsweise der kritischen Initiative Bahn von unten, stammt aber von einem äußerst rechten Verfasser.

Dass ZUERST! aber nicht plötzlich friedensbewegt, den Bürgerrechten zugetan oder antikapitalistisch geworden ist, zeigen andere Beiträge der aktuellen Ausgabe: So geht es um die Skandalisierung von Urteilen gegen rechte Straftäter wie beispielsweise den österreichischen Neonazi Gottfried Küssel oder der Aberkennung des Ehrenbriefs des Landes Hessen an die wegen Volksverhetzung verurteilte Buchhändlerin Margret Nickel. Revanchismus der übelsten Art wird in einem Interview mit LARS SEIDENSTICKER, dem Präsidenten des „Eigentümerbundes Ost" verbraten (EBO.): Seidensticker, Jahrgang 1973 und in Hannover geboren lässt an Geschichtsrevisionismus, Aggressivität und Unverschämtheit eigentlich nichts aus: „Bei dieser Mentalität (*der deutschen Bundesregierung – tri*) darf man sich natürlich nicht wundern, wenn die Polen sich immer neue Frechheiten einfallen lassen. Ich plädiere dafür, mit Polen einen anderen Umgang zu pflegen. Grundlage einer gedeihlichen Partnerschaft kann nur die Anerkennung des Vertreibungsunrechts durch die Polen und die Wiederherstellung des Ist-Zustandes vor dem an den Ostdeutschen begangenen Unrecht sein. … Beim Grundbesitz geht es um Hunderttausende von Fällen. Vielen Erben ist ja gar nicht bekannt, daß sie Grundbesitz im Osten haben. Momentan ist das Thema halt nicht populär. Das kann sich ändern! Die Tilgung eines Unrechts ist nicht an Zeit gebunden. Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Ostpreußen und das Sudetenland stehen für alle Zeit und unauslöschlich im Grundbuch der deutschen Nation. Im Zuge einer nationalen Rückbesinnung, die eines Tages kommen wird, kommt auch Ostdeutschland wieder auf die Tagesordnung – vermutlich bei den Verhandlungen um den längst fälligen Friedensvertrag".

Seidenstickers Aussage vom „Grundbuch der deutschen Nation" erinnert an eine Zeile aus dem Lied „Zu Prag" von Franz-Josef Degenhardt aus dem Jahr 1968, in dem es heißt: „Sie sagen: Das Goldene Prag. Und wenn die Gold sagen, meinen sie Gold". Beiträge, wie die zuletzt genannten machen deutlich, dass ZUERST! bei allen Versuchen, in Einzelbeiträgen an linke Themen anzuknüpfen, weiterhin rechtsaußen positioniert bleibt. Trotzdem sollten Antifaschist(inn)en ein wachsames Auge auf alle Versuche haben, linke Themen von rechts zu besetzen.